



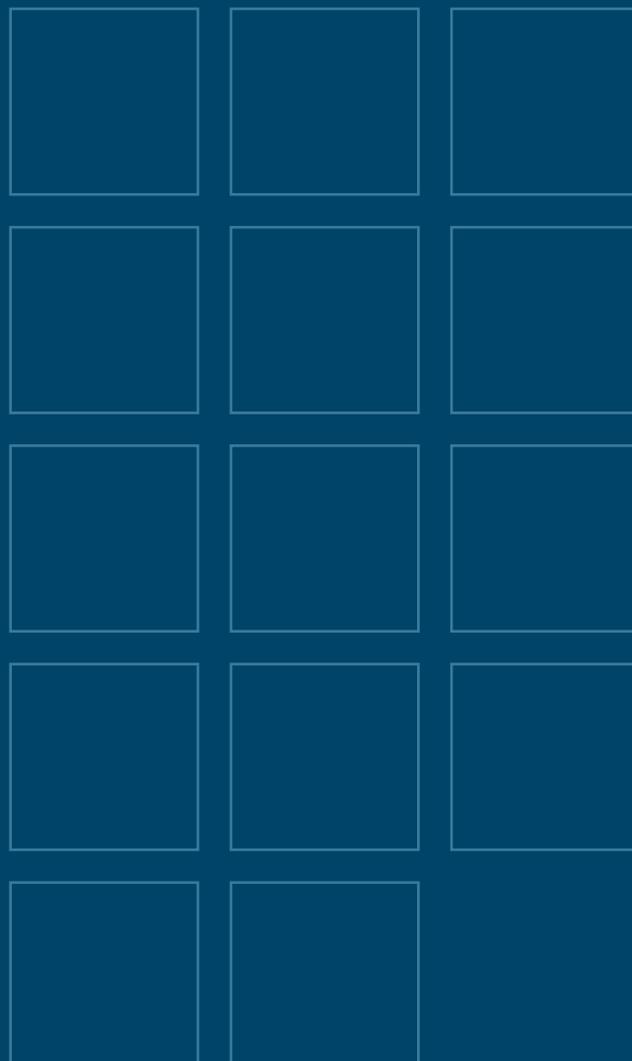
Bundesamt
für Bauwesen und
Raumordnung

ExWoSt-Informationen 31/3

Quartiers-Impulse

Neue Wege zur Stärkung
der lokalen Wirtschaft

Ein ExWoSt-Forschungsfeld



Experimenteller Wohnungs- und Städtebau (ExWoSt) ist ein Forschungsprogramm des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS) und wird betreut vom Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR).

Zahlenspiel

Sehr geehrte Leserin,
sehr geehrter Leser,

Zahlen ziehen uns seit eh und je in ihren Bann, sie können uns in Bewegung setzen, motivieren, manchmal aber wohl auch verwirren, in die Irre leiten. So werden doch sicherlich die Niedrigstpreisauszeichnungen für Unterhaltungselektronik dafür verantwortlich gewesen sein, dass jüngst in Berlin ein Elektronikfachmarkt gleichsam von den Kunden gestürmt und beachtlich demoliert wurde. Wie anders als mit der Macht der kleinen Zahl sind beinahe nachhaltige Erfolge von 1 €-Shops zu erklären, die uns regelmäßig an den Rand des Unsinnigen locken.

Mit Zahlen möchte ich Sie auch in der Ausgabe – Nr. 3 der ExWoSt-Informationen zu den Quartiers-Impulsen – in das Thema der lokalen Wirtschaft locken: Die Zeitschrift „brand eins“ titelte in ihrem Septemberheft „20% bis 2020“ und nimmt den Motivations-Slogan des Vereins „20prozent e.V.“ auf, mit dem junge Unternehmer aktiv werden, um uns Deutschen unternehmerische Selbständigkeit schmackhaft zu machen. Sie wollen helfen, die Zahl der Selbständigen im Land bis zum Jahr 2020 zu verdoppeln. Diese Motivation läuft parallel zum Forschungsfeld, in dem wir bessere Bedingungen für Existenzgründer und die Stärkung von Kleinstunternehmen in benachteiligten Stadtquartieren erreichen möchten.

Eine zweite Aktion aus der Zahlenwelt ist mir wichtig: das Projekt „5.000 Mikrokredite für Deutschland“. Hierbei handelt es sich um eine Initiative des Deutschen Mikrofinanzinstitutes, mit der der Mikrofinanzierung zu

einer breiteren Anwendung – auch im Bereich der Stadtentwicklung – verholfen werden soll. Ziel der Aktion ist es, in den nächsten 5 Jahren 5.000 Mikrokredite zur Stärkung der lokalen Wirtschaft zu vergeben. Die Modellvorhaben in Berlin, Dortmund und Offenbach, aber auch das BBR, beteiligen sich aktiv an dieser Aktion, um der Mikrofinanzierung vielleicht zum Durchbruch zu verhelfen. Machen Sie mit, fragen Sie nach.



Das Thema „lokale Wirtschaft“ wird auch auf anderen Ebenen viel diskutiert. Die deutsche EU-Ratspräsidentschaft „Stadtentwicklung“ hat hier versucht, Akzente zu setzen. Die Leipzig-Charta für die nachhaltige europäische Stadt betont, wie wichtig Maßnahmen zur Stärkung der lokalen Wirtschaft für eine nachhaltige, integrierte Stadtentwicklung sind. Wie in der vorherigen Ausgabe der ExWoSt-Informationen angekündigt, stellen wir in diesem Heft die Hintergrundstudie des URBACT-Netzwerkes zur lokalen Wirtschaft vor, die m.E. wichtige Impulse für Politik und Praxis liefern kann. Die vielen Beispiele aus den europäischen Mitgliedstaaten, die Sie in der Langfassung der Studie – im BBR-Internet – finden können, lege ich Ihnen besonders ans Herz.

Auch auf Bundes- und Länderebene wird viel über ökonomische Quartiers-Impulse nachgedacht. So wird im Rahmen der Neuorientierungen der Städtebauförderung z.B. intensiv über die Mikrofinanzidee diskutiert; zuletzt auf dem Städtebauförderungskongress im BMVBS in Berlin. Ein weiteres interessantes Förderprogramm, das Sie vor Ort in Ihren Fokus nehmen sollten, ist das ESF-Sonderprogramm „Beschäftigung, Bildung und Teilhabe vor Ort“, das gemeinsam vom Bundesministerium für Arbeit und Soziales und dem BMVBS aufgelegt wurde. Mit seinem Impuls zum Forschungsfeld stellt Orhan Güles vom BBR die ersten Schritte der Programmphase vor und deutet Optionen für die Förderung ab 2009 an.

Ein letzter Punkt – wieder aus der Welt der Zahlen: 2,4%, 2,7%, 3,1% – die aktuellen Wachstumsprognosen für die deutsche Volkswirtschaft fallen weiterhin positiv aus. Dies sollte unsere Anstrengungen zur Stärkung der lokalen Wirtschaft beflügeln, denn gesamtwirtschaftliches Wachstum verbessert die Erfolgchancen der vielen Projekte vor Ort – es liefert kein Argument gegen diese kleinräumigen Prozesse der Wirtschaftsförderung in den Städten und Gemeinden.

Ich hoffe, wir können Ihnen auch dieses Mal den einen oder anderen Impuls für Ihre Arbeit geben.

Ihr
Dr. Peter Jakubowski

Ausgabe
31/3 – 11/2007

- 02 **Vorwort**
- 04 **Vor Ort:**
Aus den Modellvorhaben
- 04 Berlin –
Finanzwerk Pankow
- 07 Dortmund –
Nordhand eG
- 09 Offenbach –
Ostpol° Kredit
- 12 **Aktuell**
- 12 Projektwerkstatt
„lokale Wirtschaft“
am 20. September 2007
in Hannover
- 14 Projektwerkstatt
„Mikrofinanzierung“
am 28. September 2007
in Dortmund
- 17 **Forschung**
- 17 URBACT-Studie für die deutsche
EU-Ratspräsidentschaft
- 20 **Impuls**
- 20 Beschäftigung, Bildung und
Teilhabe vor Ort –
ein ESF-Sonderprogramm für die
Gebiete der Sozialen Stadt
- 24 **Impressum**

Berlin – Finanzwerk Pankow

Ansprechpartner und Akteure

*Projekträger: Andrea Gärtner, Bezirksamt Pankow
Abteilung Wirtschaft, Kultur und Stadtentwicklung
Fröbelstraße 17, 10405 Berlin*

Tel.: 030/9 02 95 63 06, E-Mail: andrea.gaertner@bapankow.verwalt-berlin.de

Projektpartner: IQ Consult

Muskauer Straße 24, 10997 Berlin

Tel.: 030 / 6 11 34 29, E-Mail: kunz@iq-consult.com

„Mikrofinanzierung in Stadtteilen“ ist die vielleicht kürzeste Antwort, die wir auf die Frage nach dem Inhalt unserer Arbeit geben. Wir fügen an, dass es sich um ein „Forschungsvorhaben“ handelt, dessen räumliche und teilweise inhaltliche „Nähe zum früheren Soziale-Stadt-Programm im Kiez“ gewollt ist und als Ausgangspunkt der Arbeit dient. Auch betonen wir die Absicht, den derzeit fast schon inflationär gebrauchten Begriffen der „Nachhaltigkeit“ und „Verstetigung“ Rechnung tragen zu wollen. Unser Engagement im Berliner Bezirk Pankow und für die Idee der Mikrofinanzierung soll mit dem Abschluss des Projekts nicht enden. Soviel in Kürze.

Doch was ist FINANZWERK PANKOW tatsächlich? Wie kann man sich die Projektarbeit vorstellen?

Zunächst sei der Hinweis zur Ablösung des alten Projekttitels STATTBANK PANKOW gestattet.

Dieser missfiel der Bundesaufsicht für Finanzdienstleistungen (BAFIN). „Der Titel impliziere die tatsächliche Ausgabe von Geld durch eine alternative Stadtteilbank“. Die Projektgesellschaft iq consult sei jedoch gerade keine Bank. Das Bankengeschäft ist Nichtbanken untersagt.

Das Projekt trägt nun den Titel FINANZWERK PANKOW. Auf unsere Arbeit hatte dies keinen Einfluss.

Projektskizze

iq consult ist aufgrund der langjährigen Erfahrungen im Bereich der Mikrofinanzierung mit der Aufgabe beauftragt worden, Möglichkeiten und Implementierung einer stadtteilgestützten Mikrofinanzierung zu eruieren. Dabei soll anders als bislang nicht lediglich in Kooperation mit einer Bank



ein Fonds zur Beförderung spezieller Zielgruppen aufgelegt werden. Vielmehr soll der Überlegung Raum gegeben werden, wie sich Unternehmer und Bürger in einem Stadtteil gegenseitig und zum Nutzen vieler materiell wie immateriell unterstützen können.

Laut der Projektskizze (vgl. ExWoSt-Informationen 31/1, 12f.) waren nachstehende Schritte für die Projektentwicklungsphase 2007 avisiert:

- Aufbau der Kooperationsbeziehungen zum Gründungs- und Unternehmensnetzwerk Berlin-Pankow,
- Schaffung eines einfachen Zugangs zu Mikrofinanzierung für Existenzgründungen sowie Kleinst- und Kleinunternehmen auf lokaler Ebene,
- Ausbau der Kooperationsbeziehungen mit der Berliner Volksbank.

Ziel ist der Aufbau eines Mikrofinanz-Kompetenznetzwerkes mit Wirtschaftsakteuren im Quartier und der gemeinsamen Entwicklung spezifischer Produkte.

Methodischer Ausgangspunkt ist die Arbeit in Fokusgruppen. In diesen arbeiten Akteure aus dem Kiez mit Experten aus Banken und Mikrofinanzorganisationen zusammen. Die wissenschaftliche Begleitung des Vorhabens erfolgt durch das Deutsche Mikrofinanz Institut (DMI).

Die Projektskizze folgte der Intention der Unterstützung und Weiterentwicklung der durch das DMI entwickelten Mikrofinanz-Methodik.

Projektfortschritt

Die Entwicklungsphase startete im Winter 2006 und führte iq consult zunächst fast täglich in den Berliner Bezirk Pankow. Auf zahlreichen Veranstaltungen der Pankower Unternehmerschaft wurde das Vorhaben vorgestellt. Mit vielen Einzelvertretern aus Politik, Wirtschaft, Sozialem wurden Interviews geführt und Chancen zur Implementierung des Projektansatzes im Kiez diskutiert. iq consult ist es gelungen, entsprechende Kontakte zum Gründungs- und Unternehmensnetzwerk im Berliner Bezirk Pankow aufzubauen. Stellvertretend seien der Unternehmerkreis Nord, die Initiative Pro Prenzlauer Berg e.V. und die Entwicklungsagentur für Soziale Unternehmen BEST genannt.

Kooperationsbeziehungen mit Berliner Volksbank

Im Juni 2007 konnte die Kooperationsbeziehung mit der Berliner Volksbank erneuert und entscheidend erweitert werden. Hiernach verweist die Berliner Volksbank potenzielle Mikrokreditkunden an den DMI-akkreditierten Mikrofinanzierer iq consult. Dieser prüft das Vorhaben und unterstützt die Antragstellung. Hierdurch wird die Qualität der Kreditanträge deutlich verbessert und der Prüfungsaufwand der Volksbank reduziert und mithin die Chance auf eine Kreditgewährung erhöht. Darüber hinaus sind mit der Berliner Volksbank Gespräche zu alternativen Kreditsicherungsinstrumenten aufgenommen worden.

Fokusgruppe

„Bankenkommunikation“

Seit März 2007 trifft sich regelmäßig eine etwa 12-köpfige Gruppe aus Ban-



Themenabend „Genossenschaftliche Impulse“ am 15. Mai 2007

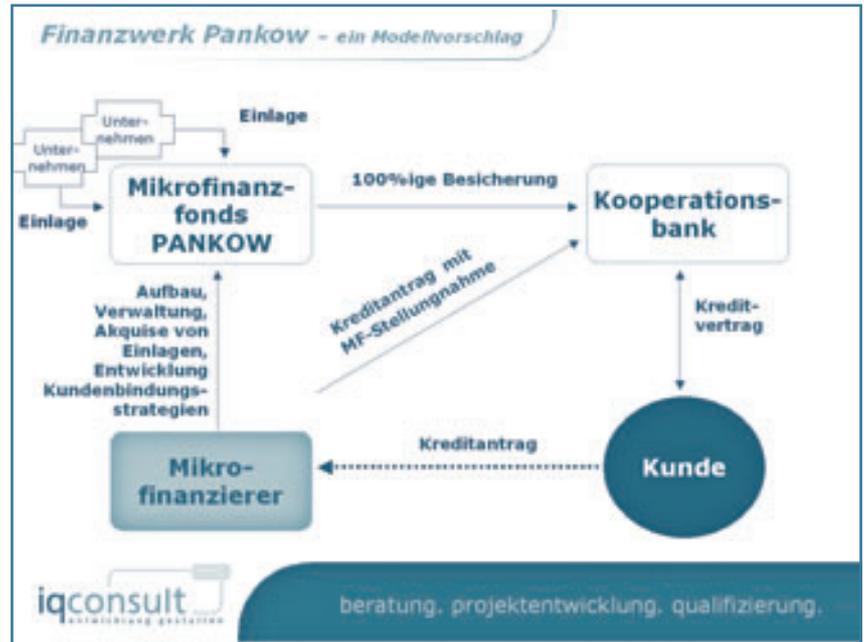


„Berliner Tüte“ – ein mikrofinanziertes Projekt

kenvertretern, Mikrofinanzierern, Unternehmern, Unternehmensberatern und dem Bezirksamt Pankow. Ziel ist es, fokussiert auf die Bedürfnislage von Klein- und Kleinunternehmern, Instrumente und Methoden zu entwickeln, die dazu beitragen, das Verhältnis von Kunde und Bank zu verbessern.

Neben bekannten Unwägbarkeiten im Dialog von Kunde und Bank sind nicht zuletzt auch jüngst veröffentlichte Gutachten zu sehen, denen zu Folge die häufig erwähnte Bereitschaft der Banken zur Förderung von Existenzgründungsvorhaben weder den Erfahrungen der Kunden noch denen der Bankangestellten entsprechen. Vielmehr sind nach einer Befragung von Bankern (über alle Institute hinweg) das mangelnde Eigenkapital und mangelnde Sicherheiten die gängigsten Gründe für eine Ablehnung einer Kreditanfrage. Im Umkehrschluss ließe sich formulieren, dass derjenige, der die Sicherheiten mitbringt, eine weit höhere Aussicht auf einen Kredit begründet; denkbar eben auch bei schwächerem Konzept.

Nach Auffassung von iq consult, DMI und Teilnehmern der Fokusgruppe Bankenkommunikation bleiben hiermit viele Potentiale unerkannt und werden erfolgsversprechende Konzepte infolge mangelnder Kreditierung nicht umgesetzt. Dabei lassen sich Probleme mangelnder Sicherheiten überwinden. Alternative Modelle wie Gruppen-/Solidarkredite, Bürgschaften und Stufenkredite nach dem Vorbild von *Muhammad Yunus* und der Grameen Bank, Bangladesch ließen sich diskutieren. In einigen Ländern Europas finden sie zum Teil Anwendung. Stellvertretend



Konzept FINANZWERK PANKOW

hierfür stehen der britische WEETU/ Full Circle Fund, der Network Credit Norway und Polens Fundusz Mikro.

Dort werden Rückzahlungsquoten von 90 – 98% realisiert. Kernelemente dieser Modelle sind insbesondere sich freiwillig formierende Kreditgruppen, welche innerhalb der Gruppe ihre Kreditverwaltung selbst übernehmen. Die Risikohaftung erfolgt durch die Gruppe insgesamt und durch jeden Teilnehmer zudem auch einzeln. Ausgereichte Kredite können erneut aufleben und analog eines Kontokorrents erneut von der Gruppe in Anspruch genommen werden.

Ebenso Thema der Fokusgruppe Bankenkommunikation war und ist die Haushaltsrechnung der Banken, die es beispielsweise einer Bank fast schon verbietet, Kredite an Unternehmer auszureichen, welche nicht dau-

erhaft einen monatlichen Ertrag von 1.500 € erwirtschaften. So gehen Banken zumeist noch von klassischen Gründungen aus, bei welchen die Unternehmer eines höheren Verdienstes und einer größeren persönlichen Freiheit wegen aus der zuvor sicheren Festanstellung heraus gründen und die Absicht haben, zu wachsen und Mitarbeiter zu beschäftigen. Nicht zuletzt der Jahresbericht 2006 der Berliner IHK macht deutlich, dass 60% der Unternehmensgründungen Einzelgründungen sind, 64% aus der Arbeitslosigkeit heraus gründen, zumeist um schlicht nicht mehr arbeitslos zu sein. Der weit überwiegende Teil hat sich entschieden, Kleinunternehmer bleiben und keine Angestellten führen zu wollen. Ein monatlicher Haushaltsansatz von 1.500 € erweist sich hier als schwierig zu fordern.

Themenabende „Quartiersimpulse“ iq consult lud im Frühjahr unter dem Titel „Quartiersimpulse“ zu einer Reihe von Themenabenden ein. Ziel der Veranstaltungen war die Klärung, welche bestehenden Ansätze regionaler Vernetzung für die Entwicklung und Inangansetzung eines Mikrohaftungsfonds tauglich sind. Interessant erwies sich der Vortrag zum Thema Regionalgeld. Regionalgeld versteht sich als komplementär neben dem EURO eingesetztes Zahlungs- und Verrechnungsmittel. Es gilt als liquiditätsschonend und geeignetes Instrument, Kaufkraft in einer Region zu halten, mithin wirtschaftliche Impulse zu setzen. Vorgestellt wurde u.a. der BERLINER, eine nicht zuletzt im Berliner Bezirk Pankow beheimatete „Zweitwährung“. Auch das Thema Kredit- und Stadtteilgenossenschaften fand Beachtung. Der insbesondere auf diesem Feld ausgewiesene Prüfungsverband der Sozial- und Wirtschaftsgenossenschaften e.V. zeigte Optionen der Verknüpfung genossenschaftlicher Strukturen, der Ausgabe genossenschaftlich akzeptierter und komplementärer Verrechnungseinheiten (Regionalgeld) und der Mikrofinanzierung aus Genossenschaftsvermögen auf.

Mikrofinanzangebot

Einschränkend zu den positiven Meldungen ist zu berichten, dass die iq consult derzeit keine Kreditanfragen über das DMI Modell bearbeiten kann. Das DMI Modell sieht infolge Einstiegs der KfW eine 20% Haftungsübernahme der Mikrofinanzierer für empfohlene Kredite und die analoge Einzahlung in den Haftungsfonds vor. Angesichts der großen Nachfrage in

Berlin sieht sich iq consult nicht in der Lage, die geforderte Liquidität dem Fonds zur Verfügung zu stellen. Zur Behebung dieser Problematik werden nunmehr Gespräche mit Unternehmern aufgenommen, entsprechend Hilfestellungen durch befristet zur Verfügung gestellte Finanzmittel zu leisten. Gelingt dies, könnte iq consult schon während der Projektlaufzeit mit dem Aufbau eines Stadtteilstiftungsfonds operativ tätig werden.

Öffentlichkeitsarbeit

Die Projektarbeit wird durch stete Öffentlichkeitsarbeit unterstützt. Teil dieser Arbeit ist u.a. die Website www.finanzwerk-pankow.de. Zudem wurde im Rahmen der Europäischen Woche der Mikrofinanzierung im April 2007 ein Stadtrundgang für europäische Teilnehmer der EMN-Konferenz (European Microfinance Network) zur Veranschaulichung von Mikrofinanzierung in Quartieren organisiert.

Projektzukunft

Die Diskussion um die Notwendigkeit der Implementierung von geeigneten Modellen lokaler wie auch zielgruppenspezifischer Mikrohaftungsfonds zur Besicherung von Kleinstkrediten hat deutschlandweit an Fahrt gewonnen. Ausgelöst mit der Gründung des DMI, fortgesetzt mit dem weltweiten Jahr der Mikrofinanzierung 2005 und dem allerorts viel beachteten Friedensnobelpreis 2006 für Muhammad Yunus hat nicht zuletzt das aktuelle Forschungsfeld des BBR seinen Beitrag hierzu geleistet.

Mehrere Landesregierungen und insbesondere die für iq consult interessanten Berlin und Brandenburg

sind derzeit dabei, eigene Programme aufzulegen und Mikrohaftungsfonds zu errichten. Es bleibt zu wünschen, dass die Fonds nah an den Zielgruppen und nah an den Sozialräumen geführt und verwaltet werden und sich die Länder das Know-how akkreditierter Mikrofinanzierer nutzbar machen werden. Insoweit werden die aktuellen Bestrebungen der Begründung von landeseigenen Fonds in jedem Fall Einfluss auf die Arbeit von Mikrofinanzierern im Allgemeinen und iq consult sowie dem aktuellen Forschungsfeld ExWoSt im Besonderen nehmen.

Neben der rein öffentlich-rechtlichen Lösung eruiert iq consult zudem die Möglichkeiten der Beförderung von Quartiersimpulsen und der Einrichtung eines Mikrofinanzfonds unter Einbindung von erfolgreichen quartiersnahen Unternehmern bzw. Konzernfilialen.

Ferner nimmt iq consult an vielen öffentlichen Debatten zum Thema teil und arbeitet eng mit kooperierenden Initiativen zusammen. Insbesondere sei hier der *Regionale Aufbruch* genannt.

Ziel ist es das unternehmerische wie auch das private Engagement für den Kiez zu wecken und dies bestmöglich mit Instrumenten originärer wie alternativer Wirtschaftsförderung zu verbinden. Es wird sich erweisen, inwieweit das Thema von einer breiteren Schicht der Unternehmer getragen wird. Wir sind optimistisch. Ob und wie insbesondere das zur Abstimmung im Bundesrat vorliegende neue Stiftungsrecht 2007 dem Projekt behilflich sein kann, bleibt abzuwarten.

Dortmund – Nordhand eG

Ansprechpartner und Akteure

Projektträger: Stadt Dortmund, Wirtschaftsförderung

Töllnerstraße 9–11, 44135 Dortmund

Herr Hubert Nagusch

Tel.: 0231-286 739 16, E-Mail: hubert.nagusch@stadtdo.de

Ein Mikrofinanzierungsmodell für Kleinunternehmen in der Dortmunder Nordstadt

Von Problemlagen, mutiger Selbständigkeit und der Suche nach dem Geldzugang

Die Dortmunder Nordstadt mit ihren ca. 54.000 Einwohnern/innen hat einige soziale Lasten zu schultern. Die Arbeitslosenquote liegt bei hohen 30%. Diejenigen, welche ein sozialversicherungspflichtiges Einkommen nach Hause tragen, müssen sich mit nahezu der Hälfte des Dortmunder Durchschnittseinkommens begnügen. Der Anteil der Menschen mit Migrationshintergrund schwankt zwischen 50 und 60%. Fast die Hälfte der Migranten sehen ihre heimatlichen Wurzeln in der Türkei.

Eher bildungsfern erscheinen Teile der Bevölkerung. Der strukturelle Wandel einer ehemaligen Montanstadt mit dem klassischen Arbeiterviertel Nordstadt mag eine wichtige Ursache für die wirtschaftlichen Probleme sein. Der derzeit spürbare wirtschaftliche Aufschwung erreicht viele Menschen insbesondere in der Nordstadt immer noch nicht. Nach unseren Beobachtungen haben gut qualifizierte Arbeitnehmer/innen wieder mehr Chancen auf eine Beschäftigung – und auch gering qualifizierte. Dazwischen liegt aber eine hohe Zahl von Menschen im erwerbsfähigen Alter, denen sich kaum Chancen bieten: ältere Arbeitnehmer/innen, Langzeitarbeitslose, alleinerziehende Frauen und leider auch viele Migranten/innen.

Vielen Nordstädtern/innen bietet sich als Alternative zur Arbeitslosigkeit nur die Selbstständigkeit an. Die strukturellen Voraussetzungen dafür

sind durch die hohe Bevölkerungskonzentration im Ruhrgebiet mit den nahen Märkten im Allgemeinen und in der Nordstadt im Besonderen, die hervorragende Verkehrsanbindung und den verhältnismäßig preiswerten Gewerberaum sehr gut. Migranten bringen aus ihren Heimatländern oft viel Initiative, Kreativität, Unbefangenheit und Experimentierfreudigkeit mit. Damit finden wir hier ein gutes Versuchsfeld für das Experiment Mikrofinanzierung vor. Das allgemeine Klima ist von Toleranz geprägt, denn verschiedenste Kulturen leben in der Dortmunder Nordstadt auf recht engem Raum zusammen. Dieser Effekt stimuliert das Gründungsklima und ist insbesondere für die Künstler- und Kreativszene ein wichtiger Nährboden.

Allerdings lehrt die Erfahrung, dass die Probleme der Kleinbetriebe mit Geld alleine in den seltensten Fällen gelöst werden können, auch wenn sich das betriebliche Problem auf den ersten Blick als notwendige Liquiditätsüberbrückung oder klassische Auftragsvorfinanzierung zeigt. Die Ursache für deren Unterversorgung mit Fremdgeld liegt nämlich nicht nur in den für die Geschäftsbanken leidlich interessanten Kredithöhen, sondern oft auch an mangelnder unternehmerischer Erfahrung, an rudimentär vorhandenen betriebswirtschaftlichen Kenntnissen und Managementfehlern.

Der Zugang zu Geld durch Mikrokredite muss also von anderen Maßnahmen flankiert werden, die geeignet sind, dafür zu sorgen, dass relevante Schwachstellen in unternehmerischem Wissen und betrieblichen Verfahrensweisen beseitigt werden.

Nur dann kann das vergebene Geld ebenso effektiv wie effizient in den Unternehmen eingesetzt werden und wird nicht wirkungslos versickern. Die Folge davon wäre nämlich, dass aus einem Unternehmer ohne liquide Mittel ein Ex-Unternehmer mit Schulden würde. Daran kann niemand Interesse haben.

Von Risiken, Hemmnissen, Lösungen und dem „Sich-nicht-aufhalten-lassen“

Ausgehend von diesem Szenario wurde das Konzept einer „Unternehmerkasse“ entwickelt, deren Mitglieder einerseits selbst eine gewisse Ansparsleistung vollbringen, womit eine gewisse Sicherheit für einen späteren Kredit geschaffen wird. Andererseits soll damit Sozialkapital und unternehmerisches Know-how erzeugt werden. In einem relativ langwierigen Prozess wurden dafür verschiedene Sets von Spielregeln entwickelt und im ersten Halbjahr 2007 an potenziellen Teilnehmern getestet.

Dabei zeigte sich, dass das konkreteste Produkt aus dem Portfolio: Sozialkapital – Unternehmerwissen – Mikrokredit, nämlich der Mikrokredit in seinen Dimensionen Erreichbarkeit, Höhe, Laufzeit und Effektivzins, wahrscheinlich nicht so attraktiv ist, als dass er Unternehmer/innen dazu bewegen könnte, in sehr hohem Maß ehrenamtliche Arbeit und sogar Mithaftung für die Kredite anderer zu übernehmen.

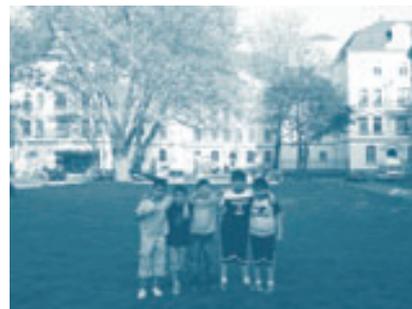
Darüber hinaus wurde deutlich, dass die Aufbau- und Verwaltungskosten im Vorfeld einer Kreditempfehlung und die Kreditbegleitung selbst im günstigsten Fall kaum durch die realistisch zu erwartenden Gratifi-



Geschäftsleben in der Nordstadt – die Münsterstraße



Anatolische Spezialitäten: das „Sofrasi“ in der Nordstadt



Multikulturelles Nordstadtkicken an der Oesterholzstraße

kationen gedeckt werden können. Schon gar nicht ließen sich aus den Erträgen der Aufbau der äußerst wichtigen Komponenten Unternehmerwissen und Sozialkapital finanzieren.

Darum wurde das Konzept dahingehend verändert, dass Wissensvermittlung, Beratung und der Aufbau von Netzwerken mit auf die Achse des Angebotsportfolios rücken und die Vergabe von Mikrokrediten gleichwertig flankieren.

Die dafür notwendige Entwicklungs- und Explorationsarbeit, so essenziell sie auch war, hat den ursprünglichen Zeitplan aus dem Gefüge gebracht. Hinzu kamen administrative Hemmnisse; die ja gerade bei innovativen Entwicklungen Platz greifen, denn wie geht man mit einem Projekt um, das in seinen meisten Komponenten eher vage ist, und wenn man in einem Staat wie der Bundesrepublik Deutschland mit seinem engmaschigen Banken-, Steuer- und Gewerberecht völlig unerprobt ist. Nur wenige deutsche Kommunen begreifen bis jetzt die Suche nach Unternehmensfinanzierungen abseits der klassischen Geschäftsfelder von privaten oder öffentlichen (Förder-) Banken als Auftrag an ihre Wirtschaftsförderungseinrichtungen. Hinzu kommt, dass für die Organisation NORDHAND ein eigenes Rechtskonstrukt nötig wird.

Von überschaubaren „Spiel“-Regeln und den Stufen des Genossenschaftsregisters

Die Grundzüge der NORDHAND stellen sich zum jetzigen Zeitpunkt wie folgt dar: die Gründung erfolgt als Genossenschaft. Genosse kann jeder Unternehmer werden, jedoch nur in be-

grenztem Umfang mit bis zu 20 Genossenschaftsanteilen, um Dominierungsversuche von vorne herein zu unterbinden. Jeder Genosse ist nach einem Beratungs- und Perspektivgespräch berechtigt, sich durch 6-monatiges Ansparen die Basisberechtigung für einen Mikrokredit in 4-facher Höhe des Ansparbetrages zu schaffen. Dieser 25-prozentige Ansparbetrag wird durch die Genossenschaft angelegt und marktüblich verzinst.

Für die eigentliche Kreditbeantragung erfolgt ein weiteres Beratungsgespräch und eine Selbstauskunft. Bei einer gewünschten Kredithöhe von bis zu 5.000 € entscheidet der Genossenschaftsgeschäftsführer oder ein Beauftragter alleine; über darüber hinaus gehende Kredite entscheidet der Genossenschaftsvorstand. Ziel ist die Kreditentscheidung innerhalb von fünf Werktagen. Es besteht aber kein Rechtsanspruch auf Kreditgewährung. Kreditantragsteller/in ist immer eine natürliche Person.

Daneben ist es auch möglich, dass mehrere Genossen/innen sich zusammenschließen, um einen Gruppenkredit zu beantragen. Das Institut des Gruppenkredits soll neben den wirtschaftlichen Aspekten auch die Netzwerkfähigkeit unter den Genossenschaftsmitgliedern fördern – und damit den Aufbau von Sozialkapital.

Nach erfolgreicher Rückzahlung kann beim nächsten Mal ein Kredit in 5-facher und ab dem dritten Mal in 6,6-facher Höhe des Ansparbetrags beantragt und gewährt werden. Die maximale Kredithöhe ist jedoch auf 10.000 € begrenzt. Die Abwicklung des bankspezifischen Teils erfolgt über die GLS-Bank bzw. den Mikrofinanzfonds Deutschland.

Die verhältnismäßig einfache und schnelle Vergabe von Krediten kann nur deshalb mit vertretbarem Risiko und erträglichen Kosten erfolgen, weil viele Informationen über die Personen und deren unternehmerisches Wirken bereits während der Ansparphase gesammelt wurden. Dies geschieht dadurch, dass ein „Genossenschaftsleben“ stattfindet – regelmäßige Informations- und Weiterbildungsveranstaltungen zu unternehmerischen Themen, bei denen eben auch Beziehungen geknüpft werden.

Darüber hinaus bietet die Genossenschaft NORDHAND den Genossen fachlich hochwertige Beratung zu Vorzugspreisen an. Die Teilnahme an Veranstaltungen und die Inanspruchnahme von Beratung verbessert natürlich die Professionalität der Unternehmer und erhöht zugleich die Chancen auf Kreditgewährung. Ein weiterer Effekt ist, dass Beratung in vielen Fällen Fehlinvestitionen verhindert oder die Höhe der Investitionen ohne Nachteile gesenkt werden kann.

Die hier skizzierte Vorgehensweise muss sich der Überprüfung durch die Gesetze des Marktes stellen. Wir gehen nunmehr davon aus, dass dieses Modell erfolgreich praktiziert werden kann. Derzeit wird an der Ausformung der Genossenschaft NORDHAND und ihrer Organe gearbeitet, bevor wir im Herbst 2007 die Stufen zum Genossenschaftsregister beim Amtsgericht Dortmund erklimmen.

Der Kultur kleiner Betriebe, mutiger Einzelunternehmer, und damit einem außerordentlich wichtigen Zweig der Volkswirtschaft, werden so neue Impulse verliehen.

Offenbach – Ostpol° Kredit

Ansprechpartner und Akteure

Projekträger: Stadt Offenbach am Main

Amt für Arbeitsförderung, Statistik und Europaangelegenheiten

Herr Dr. Matthias Schulze-Böing

Berliner Str. 100, 63012 Offenbach am Main

Tel.: 069-806 528 66, -3164, E-Mail: schulze-boeing@offenbach.de

Projektpartner: KIZ gemeinnützige Projektgesellschaft

Frau Dipl. Hdl. Elisabeth Neumann

Hermann-Steinhäuser-Str. 43-47, 63065 Offenbach

Tel.: 069-848 478 158, E-Mail: elisabethneumann@kiz.de

Mut und viel regionales Engagement für einen neuen Weg der Quartiersförderung in der östlichen Innenstadt Offenbachs

Wer einen Kredit benötigt, geht zur Bank – so die gängige Meinung. Schwierig wird es, wenn man die „falsche Adresse“ hat, Migrant ist, keine Kredithistorie vorweisen kann oder auf Grund der geringen Kredithöhe einfach uninteressant ist für das klassische Geschäft der Banken. Diese Aspekte treffen sehr häufig auf Existenzgründer/innen und Unternehmen des Quartiers zu und wirken sich insgesamt negativ aus auf das Entstehen und Wachsen kleiner Unternehmen. Dass die Bereitstellung von Finanzmitteln dennoch möglich ist, zeigt der Ostpol° Kredit. Er ist als Entwicklungsprodukt aus dem ExWoSt-Modellvorhaben hervorgegangen.

Struktur des Ostpol° Kredits

Die Rahmenbedingungen für das ExWoSt-Modellvorhaben sind sehr günstig. Der Gründercampus Ostpol° (www.ostpol-gruendercampus.de) – finanziert mit Mitteln aus der „Hessischen Gemeinschaftsinitiative Soziale Stadt“ – führte im Vorfeld zu einer deutlichen Aufwertung des städtebaulich negativen Erscheinungsbildes des Quartiers. In diese neue städtebauliche Infrastruktur wurde eine interessante Mischung von Lernen, Arbeit, Wohnen und Freizeit eingegliedert, die auch zu einer Belebung des Stadtteils beiträgt. Der Gründercampus Ostpol° vereint mit Gründerzentrum (KIZ) und Universität (HfG) Business und Kreativität. KIZ bietet ein Bündel an nichtfinanziellen und finanziellen Dienstleistungen für Existenzgründer und Kleinstunter-

nehmen in einem Stadtteil mit besonderem Entwicklungsbedarf an. Darüber hinaus ist KIZ Anlaufstelle für stadtweit ausgerichtete zielgruppenspezifische Gründungsprojekte, was den Gründercampus belebt und den Austausch fördert (u.a. arbeitsmarktpolitische Gründungsprojekte für Menschen über 50 Jahren und Projekte zur sozialen Integration). Ergänzt werden diese Angebote um Infrastruktur wie Seminarräume, Arbeitsräume für Existenzgründer (Incubator) und Büroräume für Freiberufler und Kleinstunternehmen. Die Hochschule für Gestaltung (HfG) ergänzt das Angebot mit Arbeitsräumen und Studentenwohnungen. Absolventen haben die Möglichkeit, Ateliers für ihre freiberufliche Tätigkeit anzumieten. Aber auch öffentliche Räume wie der „Quartiersaal“ stehen für Veranstaltungen im Stadtviertel (bis 140 Personen) inkl. Verpflegungsmöglichkeit zur Verfügung. Abgerundet wird das Angebot durch die Musikschule, die sich im hinteren Teil des Komplexes befindet.

Erste Säule – das Steuerungsteam

Gute Rahmenbedingungen reichen allein nicht aus, tatkräftige Mitstreiter sind wichtig. Offenbach verfügt bereits über ein aktives Netzwerk von Institutionen und Organisationen, die in der Gründungsförderung tätig sind (www.gruenderstadt-offenbach.de). Ziel ist es, ein gutes Gründungsklima zu schaffen, das Bewusstsein über die Chancen von Selbstständigkeit zu entwickeln sowie die Möglichkeiten der Förderung bei Gründungsvorhaben zu bündeln und transparent zu gestalten. Durch die Einbindung der Gründerstadt Offenbach und zwei



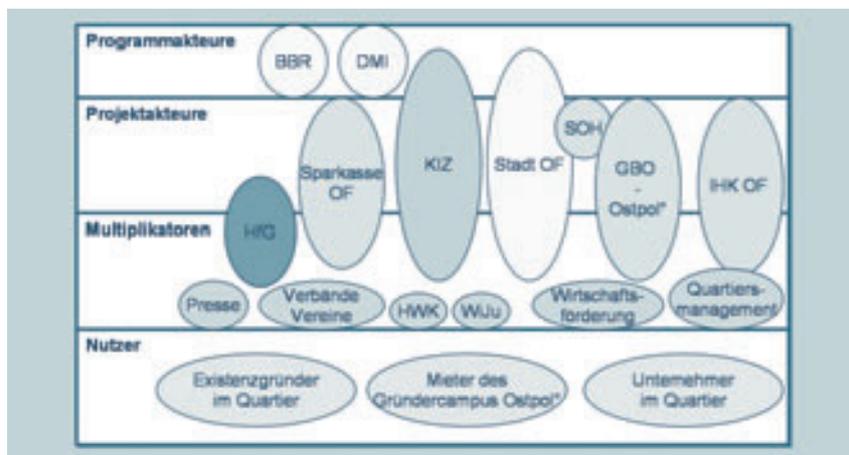
Struktur des Ostpol°-Kredits

weiterer regionaler Partner konnte das Steuerungsteam Ostpol° Kredit unkompliziert an die Entwicklungsarbeit gehen. Inzwischen fanden vier Arbeitstreffen statt.

Die an der Steuerungsgruppe beteiligten Institutionen bringen sich dabei nicht nur fachlich, sondern auch finanziell in das ExWoSt-Modellvorhaben ein, z.B. in Form von Einlagen für den lokalen Mikrofinanzfonds Offenbach, mit dem dann das notwendige *First Loss*-Risikokapital für den Mikrofinanzfonds Deutschland (20%) erbracht werden kann. Besondere Rollen nehmen hier die Stadt und KIZ ein. Die Stadt Offenbach – vertreten durch Herrn Dr. Schulze-Böing – bringt klare (multidisziplinäre) Zukunftsvisionen ein und unterfüttert ihre Handlungsstrategien mit einem geschickten Financial Engineering von öffentlichen Mitteln aus verschiedenen Politikbereichen sowie über eine Vernetzung von relevanten lokalen Akteuren. KIZ als federführende Organisation für das ExWoSt-Modellvorhaben hat eine hohe Kompetenz in der Unterstützung von kleinen Wirtschaftsakteuren – auch in schwierigen wirtschaftlichen Verhältnissen –, weist langjährige Erfahrungen als akkreditierter Mikrofinanzierer vor, ver-

fügt über gute Kontakte in unterschiedlichen Politikbereichen und hat eine hohe Akzeptanz bei lokalen Partnerorganisationen.

Weitere Projektergebnisse und damit jetzt wichtige Säulen des Modellvorhabens Ostpol^o Kredit sind neben dem Steuerungsteam ein lokaler Haftungsfonds, die Gewinnung und Einbindung von Multiplikatoren für den Transfer von Informationen und Ergebnissen sowie Aufbau und spätere Integration der Kreditnehmer in ein Mentorennetzwerk von Unternehmen und Institutionen.



Akteure im Forschungsfeld ExWoSt in Offenbach

Zweite Säule –

der Risikokapitalfonds Offenbach

Hinsichtlich der Akquisition von Risikokapital hat das Modellvorhaben sehr gute Erfolge erzielt, die bei Antragstellung nicht als Projektziel ausgewiesen waren; umso größer ist die Freude über die Beteiligung. Über die Partner Stadt, Sparkasse und KIZ werden Einlagen von 46.500 € erwartet. Die IHK wird sich aufgrund ihrer regionalen Zuständigkeit nicht direkt an dem Mikrofinanzfonds Offenbach beteiligen. Sie wird aber einen finanziellen Betrag zum Produktmarketing leisten. Das akquirierte Kapital wird in den „Mikrofinanzfonds Offenbach“ eingelegt. Der Lokalfonds wird zur Deckung des 20% First Loss-Anteils für den Mikrofinanzfonds Deutschland eingesetzt und erzielt dadurch einen Hebeleffekt (+80% Haftungsanteil „Mikrofinanzfonds Deutschland“). Hieraus ergibt sich ein Kreditvergabeportfolio bis 232.500 €, so dass deutlich mehr als die ursprünglich geplanten 10 Kreditvergaben realisiert werden können. Eine weitere wichtige Rolle erfüllt hierbei die Sparkasse Of-

fenbach, die erstmals als lokale Bank die im Rahmen des DMI-Kooperationsmodells vergebenen Mikrokredite direkt vor Ort abwickelt. (DMI: Deutsches Mikrofinanz Institut; zum DMI-Kooperationsmodell vgl. www.mikrofinanz.net . Auf Grundlage eines Kooperationsvertrages zwischen Mikrofinanzierer – Bank – Mikrofinanzfonds Deutschland und DMI können unbürokratisch Mikrofinanzierungen auf lokaler Ebene vergeben werden.)

Dritte Säule – Multiplikatoren

Um Akzeptanz für das Projekt zu gewinnen, wurden Quartiers- und Citymanagement, aber auch Wirtschaftsförderung der Stadt Offenbach, die Wirtschaftsuni sowie interkulturelle wie wirtschaftsnahe Verbände und Vereine eingebunden. Sie fungieren als regionale Multiplikatoren am Markt. Entsprechend wird das MV auch als Stadtteil-Aktivität in den jeweiligen Publikationen aufgenommen (z.B. Stadtteilzeitung des Quartiersmanagements, Offenbacher IHK-Nachrichten). Veröffentlichungen in

der fachspezifischen (Online-Newsletters „Gründung aktuell“, ca. 5.000 Abos) wie auch in der regionalen Presse informieren regelmäßig über den Fortschritt des Modellvorhabens und stellen flankierende Maßnahmen zur Sicherung des Projekterfolgs dar. Nachdem die Produktentwicklung jetzt abgeschlossen ist, wurde im nächsten Schritt mit der Ausweitung der Öffentlichkeitsarbeit begonnen. Dazu zählt u.a. die Erstellung der Flyer und Plakate, einer Website (www.ostpolkredit.de), die Durchführung von Veranstaltungen sowie Teilnahme an Wirtschafts- und Gründertagen (z. B. Workshop Mikrofinanzierung bei den „Hessischen Gründertagen“ am 8. November 2007 in Korbach).

Durch alle diese Aktionen erfährt der Ostpol^o Kredit eine einzigartige regionale Verankerung.

Vierte Säule – Mentorennetzwerk

Als eine Maßnahme zum Aufbau von „sozialem Kapital“ im Stadtteil und zur aktiven Begleitung der Kreditnehmer ist die Vermittlung zwischen eh-

renamtlich tätigen Mentoren sowie Kleinstunternehmern vorgesehen. Dieses Mentorennetzwerk wurde parallel aufgebaut. Neben Vertreterinnen und Vertretern von schon länger am Markt etablierten Unternehmen, haben sich hierfür auch junge Unternehmer zur Verfügung gestellt, die selbst vor einigen Jahren über KIZ eine Gründungsunterstützung erhalten haben.

Das Produkt – der Ostpol° Kredit

Der Name Ostpol° Kredit ist Programm: Den Kleinkredit erhalten Unternehmen und Existenzgründer des Gründerzentrum Ostpol°, der östlichen Innenstadt sowie Absolventen der HfG Offenbach.

Bedeutsam für das Steuerungsteam war bei der Produktentwicklung, dass der Ostpol° Kredit transparent, einfach und schnell in der Abwicklung ist. Ein leichter Zugang übers Internet (www.ostpolkredit.de) lässt somit Öffnungszeiten und „Beratungstermine im Anzug“ vergessen. Kreditnehmer können einen Erstkredit von maximal 5.000 € erhalten. Angefangen wird bewusst mit kleinsten Kreditbeträgen (ab 1.000 €), um die Unternehmen schrittweise aufzubauen. So kann schnell aus Fehlern gelernt werden und die Kreditaufnahme erfolgt eng am Bedarf.

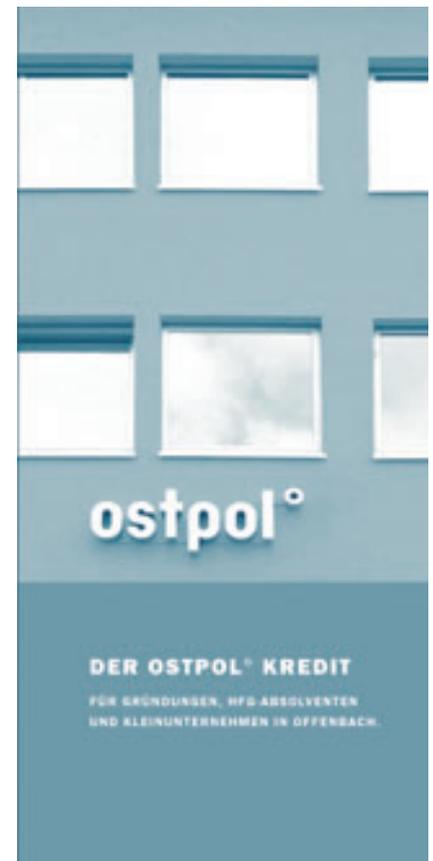
Nach dem Motto „Glauben andere an Sie, tun wir das auch!“ ergibt sich der Volumen eines Mikrokredits aus der Summe der eingereichten Bürgschaften, die zur Kreditsumme verdoppelt werden. Bürgen können Familienmitglieder, Freunde oder Unternehmen sein, die jeweils mit bis zu 3.000 € Bürgschaftssumme bürgen dürfen. Zum Kreditantrag gehören

außerdem eine Selbstauskunft, eine aktuelle Schufa-Auskunft sowie ein Unternehmenskonzept und eine Planung, wie der Kredit eingesetzt und abgezahlt werden soll. Anschließend überzeugt der Antragsteller im persönlichen Gespräch den Vergabeausschuss von seinem Vorhaben und erhält sofort eine Kreditzu- oder -absage. Benötigt das Unternehmen einen Folgekredit als weitere Finanzspritze und hat er den ersten Ostpol° Kredit zurückgezahlt, kann er eine höhere Kreditsumme, nämlich den Erstkredit plus 50 Prozent, erhalten.

Die Beantragung des Ostpol° Kredites ist für die potenziellen Kreditnehmer kostenfrei. Nur auf zugesagte Kredite wird eine Bearbeitungsgebühr von 5% der Kreditsumme, maximal 270 € zzgl. MwSt erhoben. Sollten während der Rückzahlung des Kredites vom Kreditnehmer aus Leistungsstörungen auftreten, können individuelle Betreuungskosten von 90 € zzgl. MwSt pro Stunde anfallen.

Um Mehrkosten für den Kreditnehmer zu umgehen, erfolgt ein begleitendes Monitoring. Die Kreditnehmer sind zu einer monatlichen Kurzmitteilung über die wichtigsten Daten des Unternehmens verpflichtet und werden regelmäßig befragt. So kann der Mikrofinanzierer bei Leistungsstörungen sofort intervenieren und Unterstützung zur Wiederherstellung der Kapitaldienstfähigkeit anbieten. Damit gelingt es auf Krisensituationen sehr schnell zu reagieren und gemeinsam nach konstruktiven Lösungen zu suchen.

Unternehmen, bei denen eine Eidesstattliche Versicherung vorliegt oder deren finanzielle Altlasten unge-



regelt sind, sind von vornherein vom Ostpol° Kredit ausgenommen.

Fazit

Sich mit Kreditfragen an eine Nicht-Bank zu wenden, ist zwar für Gründer und Unternehmer noch ungewöhnlich, kann jedoch in vielen Fällen der rettende Anker sein. KIZ engagiert sich schon seit mehreren Jahren in Mikrofinanz-Modellprojekten und möchte gemeinsam mit der Unterstützung des BBR und den Akteuren des Quartiers einen anderen, neuen Ansatz zur Verbesserung der Quartierssituation verfolgen.

Aktuell

Projektwerkstatt „lokale Wirtschaft“
am 20. September 2007 in Hannover

Im Förderzeitraum des Forschungsfelds Quartiers-Impulse werden insgesamt vier Projektwerkstätten mit Teilnehmern aus allen Modellvorhaben des Schwerpunktbereichs „lokale Wirtschaft“ (Bayreuth, Braunschweig, Hannover, Karlsruhe und Saarbrücken, vgl. ExWoSt-Info 31/2) zum Informations- und Erfahrungsaustausch zwischen den beteiligten Quartieren beitragen. Am 20. September fand in Hannover der – nach der Auftaktveranstaltung vom 30. November 2006 – zweite Workshop statt.

Ziel des Workshops mit dem Leitthema „Die Entwicklung und Stärkung von Wirtschafts-Clustern als Handlungsfeld der lokalen Wirtschaftsförderung“ war es, Ansatzpunkte, Strategien und Umsetzbarkeit des Förderkonzepts „lokale Cluster“ zu beleuchten. Das Förderkonzept „lokale Cluster“ bildet neben dem Konzept „Aktivierung starker Partner (Corporate Social Responsibility)“ den Kern des Schwerpunkts „lokale Wirtschaft“ des ExWoSt Forschungsfelds „Quartiers-Impulse“.

Themen der Projektwerkstatt waren:

- Besprechung der regionalökonomischen Überlegungen, auf die sich neue clusterorientierte Konzepte zur Förderung der regionalen und lokalen Wirtschaft berufen,
- Vorstellung der Strategiebestandteile, die in den einzelnen Modellvorhaben das Förderkonzept „lokale Cluster“ repräsentieren, anhand von speziell für die Projektwerkstatt angefertigten „Themenpostern“,

- Diskussion über die Übertragbarkeit von Elementen einer regionalen Clusterstrategie auf die lokale Ebene und dabei erzielte Arbeitsfortschritte in den Modellvorhaben und
- Kennenlernen eines „starken Partners“ der lokalen Wirtschaft in Hannover-Hainholz, der VSM AG, auf deren Firmengelände der Workshop stattfand.

Tagungsort des Workshops war das Tagungszentrum der VSM (Vereinigte Schmirgel- und Maschinenfabrik) AG in Hannover-Hainholz. Einschließlich des ExWoSt-Teams (BBR, RWI Essen, STATWerke Consult) nahmen 24 Personen am Workshop teil. Alle Modellvorhaben waren vertreten; außerdem die Stadt Gelsenkirchen, deren Ansatz zur Förderung der Lokalen Ökonomie im Stadtteil Ückendorf durch das Team der STATWerke Consult GmbH zusätzlich betreut wird.

Programm

Begrüßung

Nach der Begrüßung durch Herrn Dr. *Peter Jakobowski* vom BBR stellte Herr Peters, bei der VSM AG verantwortlich für Rechnungswesen, Controlling und EDV, zu Beginn des Workshops das Unternehmen vor. Zur thematischen Ausrichtung des Forschungsvorhabens wies Herr *Peters* darauf hin, dass ein lokal verankertes Unternehmen wichtige Beiträge zur Stärkung des lokalen Umfelds leisten kann.

Einführende Vorträge und

Diskussion über das Clusterkonzept

Dr. *Uwe Neumann*, RWI Essen, stellte das Cluster-Konzept der Regionalökonomie und Ansätze der Cluster-Förderung in der Regionalpolitik vor. Er verwies dabei auf das Cluster-Modell nach Porter sowie auf die Konzepte der innovativen Netzwerke und Milieus, die eine Argumentationsgrundlage für lokal-ökonomische Förderstrategien bilden können. Als praktisches Beispiel zog er die Cluster-Offensive des bayerischen Staatsministeriums für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie „Allianz Bayern Innovativ“ heran. Wesentliche Bestandteile der Offensive sind der Aufbau und die Pflege eines Kontakt-netzes zwischen Unternehmen, Hochschulen, Forschungseinrichtungen, Kammern und Verbänden, Kapitalgebern, Förderinstitutionen, Beratern und anderen Akteuren in 19 landesweiten Clustern. Im Fazit des Vortrags wurde festgehalten, dass clusterorientierte regionale Förderpolitik dem Prinzip folgt, „Stärken zu stärken“, also nicht auf eine flächendeckende Förderung strukturschwacher Regionen abzielt. Dies gilt ebenso für die Quartiers-Impulse, die mit begrenzten Fördermitteln zentrale „Stärken“ der Modellgebiete unterstützen.

Im zweiten Impulsreferat stellte *Helmut Geißler*, STATWerke Consult GmbH (Berlin), das Cluster-Konzept als Ansatz einer kleinräumigen Förderung der lokalen Wirtschaft vor. Gemäß den vier „W-Fragen“ (weshalb, welche, wozu bzw. wofür) erläuterte er den möglichen praktischen Ansatz einer kleinräumigen, lokalen Clusterförderung. Als Beispiel verwies Herr



Begrüßung



Posterpräsentation



Diskussion

Geißler auf das Projekt mstreet der Potsdamer Straße (Berlin Tiergarten-Süd). Dabei handelt es sich um einen traditionellen Medienstandort im Umbruch, der eine gewisse Renaissance erlebt durch den Besitz an Medienunternehmen neueren Genres, wie etwa Fernsehen, Rundfunk, Film, Internet und Branchen der Kultur- und Kreativwirtschaft, gestützt durch aktive Netzwerkarbeit.

In der anschließenden *Diskussion* wurden verschiedene Aspekte benannt, die hinsichtlich der Frage „Welche Bedeutung hat der Cluster-Ansatz als Handlungsfeld der lokalen Wirtschaftsförderung“ eine Rolle spielen. Um sich dem Thema zu nähern, wurden eingangs diverse Ansatzpunkte genannt: Branchenschwerpunkte, lokale Netzwerke, Standortgemeinschaften, sozusagen die „kritische Masse“, die auch über den Stadtteil bzw. das Quartier hinaus wirken kann (Stakeholder-Ansatz). Wie schon in den Impulsreferaten angeführt, erscheinen im Ergebnis der Diskussion die gewerbliche Themenbildung und die Profilbildung um den Stadtteil relevant. Nicht zuletzt wurde aus der Wissenschaft der Gesichtspunkt aufgegriffen, Gebiete im Ansatz nicht zu „überclustern“. Den Aspekten „Konkurrenz belebt das Geschäft“ und „Stärken stärken“ wird auch in der folgenden Umsetzungsphase in den Modellstädten weiterhin das Hauptaugenmerk zukommen. Aus dem Beispiel der bayrischen Clusterpolitik wurden die Aspekte des „Kümmers“ im Prozessmanagement und die Themenkonzentration als Elemente aufgegriffen, die sich auf die lokale Ebene übertragen lassen.

Präsentation der Modellvorhaben und Diskussion über die Übertragbarkeit des Cluster-Konzepts auf die lokale Ebene

Die Modellvorhaben stellten ihre Handlungsansätze und Maßnahmen-schwerpunkte vor. Die Projektvorstellung erfolgte anhand der Posterpräsentation. Verständnisfragen wurden direkt im Anschluss an die jeweilige Präsentation gestellt. Die Poster sind auf der Website des BBR einzusehen. In der anschließenden Diskussion wurde beleuchtet, wie unterschiedliche, durch die Modellstädte repräsentierte Förderansätze zur „Stärkung von Stärken“ führen können, z.B. das Generieren von Branchenschwerpunkten, der Einsatz und Aufbau eines BIDs, das Citymanagement, die Bildung eines Akteursnetzwerkes, die Einbeziehung starker Partner bzw. Unternehmen und die Bildung von Standortgemeinschaften. Der Vorteil der örtlichen Vernetzung, um Wettbewerbsvorteile zu generieren – auch über den Stadtteil hinaus – und die ökonomische Basis nachhaltig zu steigern, lag nach Ansicht aller Akteure „auf der Hand“.

Obwohl in der Fragerunde und der analytischen Diskussion zunächst bei den Akteuren aus den Modellstädten der Eindruck entstand, dass sich das regionalökonomische Clusterkonzept nur schwer auf die lokale Ebene übertragen lässt, kristallisierten sich schließlich zentrale Elemente des Konzepts heraus, die für die Quartiers-Impulse von zentraler Bedeutung sind, so z.B. das Vorliegen einer „kritischen Masse“ an ansässigen Unternehmen eines Branchenschwerpunkts. Die Förderung der Herausbildung eines „innovativen Milieus“

durch lokale Standortgemeinschaften wurde ebenfalls als wichtiger Bestandteil einer lokalen Förderstrategie (an)erkannt. Die Förderkonzepte für die Modellvorhaben in Cityrandlage (Braunschweig, Saarbrücken) repräsentieren eher das BID-Konzept, konzentrieren sich in ihrem „Cluster“-Ansatz also erwartungsgemäß auf „Citybranchen“ (Segmente des Einzelhandels, Büros, Praxen). Die stadtteilorientierten Fördermaßnahmen der anderen Modellvorhaben fokussieren dagegen ihre Aktivitäten auf die Akquise bzw. Gründung von Kleinstunternehmen sowie die Förderung von Kooperations- und Geschäftsbeziehungen in ausgewählten Branchenschwerpunkten wie Kreativ-, Freizeitwirtschaft und „ethnische Ökonomie“.

Ergebnis

Im Ergebnis ist festzuhalten, dass zwischen ExWoSt-Team und allen Modellvorhaben ein Konsens darüber besteht, dass im weiteren Verlauf der Quartiers-Impulse in allen Modellstädten – dem Konzept des Forschungsfelds entsprechend – die Identifizierung und Förderung von lokalen, stadtteilspezifischen Stärken anzustreben ist. Konkrete Ziele sind die Identitätsbildung im Stadtteil und die Profilschärfung des gewerblichen Angebots (z.B. „kreativer“ Stadtteil, „Ethnic Quarter“, Sportidentität). Im weiteren Projektverlauf wird zu untersuchen sein, welche räumlichen Arrangements und Netzwerkstrukturen Kreativität und Innovativität begünstigen können und ob und inwieweit im Rahmen der Modellvorhaben fördernd auf diese Bedingungen Einfluss genommen werden kann.

Projektwerkstatt „Mikrofinanzierung“ am 28. September 2007 in Dortmund

Am 28. September 2007 fand in Dortmund der erste direkte Erfahrungsaustausch zwischen den Modellvorhaben „Mikrofinanzierung“ im Rahmen des ExWoSt-Forschungsfeldes „Quartiersimpulse – neue Wege zur Stärkung der lokalen Ökonomie“ statt. Teilnehmerinnen und Teilnehmer waren

- die drei Modellvorhaben, jeweils vertreten mit den Verantwortlichen aus dem Bezirksamt Pankow, den Stadtverwaltungen Dortmund und Offenbach in ihrer Funktion als Projektträger sowie den lokalen Trägerorganisationen als Projektdurchführungsorganisationen,
- die Programmebene mit Vertretern von BMVBS und BBR sowie
- die Projektassistenz mit dem Deutschen Mikrofinanz Institut und
- die Forschungsschwerpunkt-Evaluation mit dem RWI Essen.

Einleitend stellte Herr Dr. *Peter Jakubowski* (BBR) den aktuellen Stand und die Funktion der Modellvorhaben als Experimentierfelder und Transmissionskanäle dar, um Mikrofinanzierung im räumlichen Kontext von Stadtentwicklung mit quartiersbezogenen Konzepten und Lösungsansätzen zu unterfüttern und als Handlungsansatz zur Stärkung der lokalen Ökonomie intensiver zu verbreiten.

Daran anschließend präsentierten die Vertreterinnen und Vertreter aus der jeweiligen Kommunalverwaltung die ökonomischen und soziokulturellen Rahmenbedingungen ihrer Stadtquartiere sowie ihre Ansätze und Aktivitäten zur Stabilisierung und Stärkung der lokalen Wirtschaft. Diese Beiträge wurden von den Trägerorga-

nisationen durch die Darstellung der Projektplanung und der bisherigen Umsetzungsergebnisse vervollständigt.

Für die Werkstatt wurde kein spezifischer Themenschwerpunkt festgelegt. Im Laufe der Projektvorstellungen und der anschließenden Erörterung der Forschungsfeld-Leitfragen wurden jedoch einige gemeinsame „Brennpunkte“ in den Bereichen Strategieentwicklung und operative Umsetzung, aber auch hinsichtlich der allgemeinen Rahmenbedingungen für Mikrofinanzierung in Deutschland sichtbar, die in angeregte Diskussionen im Sinne der ExWoSt-Werkstatt führten.

Da im vorliegenden Heft noch detaillierte Einzelbeiträge zum aktuellen Stand der Modellvorhaben enthalten sind, erfolgt an dieser Stelle keine Wiedergabe der Projektvorstellungen, sondern eine Zusammenfassung der wichtigsten Diskussionspunkte.

Aufbau von lokalen Mikrofinanz-Kooperationen als Beitrag zur Stärkung der lokalen Wirtschaft

Wie bereits in den ExWoSt-Informationen 31/1 und 31/2 dargestellt, ist es die Aufgabe der Modellvorhaben „Mikrofinanzierung“, Zugänge für jene Kleinst- und Kleinunternehmen und Gründungspersonen zu Mikrokrediten zu öffnen und zu vereinfachen, die vom regulären Kreditmarkt nicht berücksichtigt werden.

Zur Zielgruppe der Modellvorhaben gehören die Akteure der lokalen Wirtschaft, welche sich mit ihrem Warenangebot und vielfältigen Dienstleistungen an der Versorgung der Quartiersbewohnerinnen und -bewohner orientieren sowie ortsnahe

Arbeits- und Ausbildungsplätze zur Verfügung stellen und damit erheblich zur Attraktivität und Vitalität eines Quartiers beitragen. In den Modellvorhaben Dortmund und Offenbach stellen bspw. Unternehmerinnen und Unternehmer nichtdeutscher Herkunft einen hohen Anteil an den Selbständigen im Quartier, die häufig besondere Schwierigkeiten beim Zugang zu Krediten haben. Insofern sieht Offenbach in dem neuen Mikrokreditangebot (im Rahmen des neu geschaffenen Kreativ- und Gründerzentrums Ostpol^o) einen Wettbewerbsvorteil für das Gebiet „östliche Innenstadt“ gegenüber anderen Quartieren.

Prozessschritte

Der Aufbau von lokalen Mikrofinanz-Kooperationen stellt die damit beauftragten Trägerorganisationen vor erhebliche personelle und finanzielle Herausforderungen – insbesondere

- die Akquisition von Risikokapital (20% First-Loss) für den „Mikrofinanzfonds Deutschland“ (Übernahme 80% Second-Loss),
- der Aufbau von Strukturen: Mikrofinanz-Organisationsentwicklung und Ausbildung von Kreditbetreuerinnen und -betreuern, DMI-Akkreditierung für den Zugang zum „Mikrofinanzfonds Deutschland“, Auswahl einer geeigneten Rechtsform (z.B. Genossenschaft), Vernetzung mit (wirtschaftsnahen) lokalen Akteuren (kooperierende Bank für die Abwicklung der Kreditverträge, Aufbau Vergabebeiräte



Projektwerkstatt Mikrofinanzierung

- für Kreditentscheidungen, Beraternetzwerke u.ä.),
- die Entwicklung von passenden Kreditprodukten,
- die Gestaltung von effizienten Kreditprozessen und Begleitmaßnahmen (z.B. Mentoringnetzwerke),
- die Verbreitung der Kreditprodukte und die Filterung von Kreditanfragen,
- das Risikomanagement und die Vernetzung mit Mikrofinanzpraktikern (Einbindung in das Begleitsystem des Deutschen Mikrofinanz Instituts – DMI).

Diese Herausforderungen sind für die lokalen Mikrofinanzierer nur mit Unterstützung von Förderinstitutionen – wie in diesem Fall dem Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR) – und mit Hilfe von Akteuren möglich, die sich als Kooperationspartner eines lokalen Mikrofinanzsystems dazu verpflichten, die Durchführung der verschiedenen Aufgaben mit finanziellen oder personellen Ressourcen zu unterstützen.

Für diese komplexen, aber essenziellen Aufgabenstellungen entwickeln die Modellvorhaben unterschiedliche neue Lösungsansätze.

Der erste Schritt: Bestandsaufnahme und Analyse von lokalem Potenzial

Vor diesem Hintergrund nahm bei allen drei Modellvorhaben die Kontaktaufnahme zu Quartiersakteuren aus dem Umfeld der lokalen Ökonomie einen breiten Raum ein. Zahlreiche Einzelgespräche mit Unternehmen, Gewerbevereinen, Mittelstandsvereinigungen, Banken und anderen

Akteuren aus den Bereichen kommunale Verwaltung und Politik, Wirtschaft und Quartiersorganisation wurden geführt. Diese Gespräche hatten das Ziel, für das Thema auf lokaler Ebene zu sensibilisieren, Kooperationspartner für Arbeitsgremien oder einzelne Aufgabenstellungen zu akquirieren, Sponsoren – insbesondere für lokale Mikrohaftungsfonds – zu gewinnen und Erkenntnisse und Einschätzungen von lokalen Akteuren zum Thema zu erhalten.

Gewinnung von wichtigen Mitstreitern für lokales Engagement

Die Ergebnisse der Bestandsaufnahmen sind generell positiv. Der Notwendigkeit, den Zugang zu Kleinkrediten zu verbessern, wurde durchgängig zugestimmt. Gleichzeitig konnten bereits in dieser Phase wichtige Ergebnisse erzielt werden:

- In Berlin ist es gelungen, Expertinnen und Experten für die Einrichtung von regelmäßig tagenden Fokusgruppen zu gewinnen, in denen Ansätze für spezifische Angebote und Produkte diskutiert und entwickelt werden sollen – ganz im Sinne eines lokalen Kompetenznetzwerkes (z.B. neue Sicherungstools und unternehmerische Kooperationsformen). Die Zusammenarbeit mit der Berliner Volksbank wird in den Bereichen Kreditvergabe und Produktinnovationen intensiviert werden. Mit einem Großunternehmen wurden sehr positive Gespräche hinsichtlich der Beteiligung an einem lokalen Mikrohaftungsfonds geführt.
- In Dortmund waren Wirtschaftsakteure bereit, sich als Teilnehmer an

einer Testphase zu beteiligen, um das geplante Konzept der „Unternehmerkasse“ in der praktischen Anwendung zu überprüfen. Des Weiteren haben Unternehmen Absichtserklärungen für eine Teilnahme am Ansparmodell abgegeben.

- In Offenbach engagieren sich Stadt- und Wirtschaftsakteure in der Steuerungsgruppe des Modellvorhabens und beteiligen sich finanziell am „Lokalfonds Offenbach“. Auch besteht die Bereitschaft zur weiteren Mitarbeit im regelmäßig tagenden lokalen Kreditvergabebeirat. Die Sparkasse Offenbach wird die Funktion der kooperierenden Bank für die Kreditvergabe im Rahmen des DMI-Kooperationsmodells wahrnehmen.

Durch diese Aktivitäten konnten also wichtige Akteure für ein persönliches und finanzielles Engagement auf lokaler Ebene gewonnen werden.

Mikrofinanzierung im Spannungsfeld von Wirtschaftlichkeit und öffentlicher Förderung

Als eines der wichtigsten Innovationsfelder sehen die lokalen Mikrofinanzierer die Reduzierung der Transaktionskosten für die Bearbeitung von Kreditanträgen. Dies ist deshalb von besonderer Bedeutung, da Transaktionskosten nur in geringem Umfang über Bearbeitungsentgelte oder Fördermöglichkeiten refinanziert werden. Die finanzielle Nachhaltigkeit eines Mikrofinanzsystems hängt also auch davon ab, inwieweit es gelingt, effiziente Prozessabläufe zu etablieren oder Transaktionskosten durch

die Kooperation mit lokalen Akteuren zu externalisieren.

Hier gibt es verschiedene Ansatzpunkte:

- Filterverfahren zur Reduzierung von aussichtslosen Kreditanfragen (klare Kommunikation von Zugangsbedingungen, Einsatz neuer Technologien – z.B. Internet),
- Schaffung von gut funktionierenden Netzwerken (z.B. Kreditempfehlungen durch Gründungs- und Unternehmensberaterinnen und -berater, Gründungszentren, Wirtschaftsförderer und Gewerbevereine aus dem Stadtteil – oder durch das Quartiersmanagement),
- Selbstselektionsverfahren (Etablierung von Kreditgemeinschaften mit solidarischen Haftungselementen).

Hierzu haben die Modellvorhaben ebenfalls unterschiedliche Ansätze entwickelt, die nun im nächsten Schritt in der Praxis erprobt werden. Durch den Sozialraumbezug der Modellvorhaben werden die zu finanzierenden Vorhaben in einen lokalen Kontext gestellt und durch Gremien/Netzwerke entschieden, die an bestehenden lokalen Strukturen anknüpfen. Hierdurch werden Bezüge zu den Zielen der (sozialen) Stadtentwicklung hergestellt. Im Rahmen der Diskussion um den Aufbau von Netzwerken – wie z.B. in Berlin mit lokalen Beraterinnen und Beratern oder in Dortmund mit bestehenden Unternehmen – wurden die Fragen aufgeworfen: Wie organisiere ich (Mikrofinanz)-„Communities“? Und mit welchen Kosten ist diese Aufgabe verbunden?

Mikrofinanzierung ist mehr als ein Mikrokredit

Die Modellvorhaben waren sich einig darin, dass der Zugang zu Mikrokrediten als Unterstützung für Kleinst- und Kleinunternehmen allein häufig nicht ausreichend ist. Daher werden Maßnahmen wie das begleitende Kreditmonitoring, das Aussagen über die geschäftliche Entwicklung und auch über möglichen Unterstützungsbedarf liefert, als sehr wichtig angesehen.

Vor diesem Hintergrund will das Modellvorhaben Dortmund den Mitgliedern der geplanten Genossenschaft Begleitung und Beratung als Zusatznutzen anbieten. Das Modellvorhaben Offenbach bietet den Darlehensnehmerinnen und -nehmern im Bedarfsfall über das „Ostpol“ Kreativ- und Gründerzentrum“ Beratungsleistungen an und hat darüber hinaus bereits bestehende Unternehmen aus der östlichen Innenstadt für ein ehrenamtlich tätiges Mentoringnetzwerk gewonnen, das junge Kleinstunternehmen aus dem Quartier mit seinem Erfahrungswissen unterstützen will. Das Modellvorhaben Berlin hat ebenfalls ehrenamtlich tätige „stättengel“ gewonnen, welche junge „stattschnuppen“ fördern.

Die vorgenannten Punkte stellen nur Ausschnitte aus den intensiven Diskussionen im Rahmen der ExWoSt-Projektwerkstatt dar. Weitere – ebenso wichtige – Herausforderungen liegen u.a.

- in der Wahl der Rechtsform für lokale Mikrofinanzierer. Hier steht insbesondere die Gründung von Genossenschaften im Brennpunkt

aktueller Überlegungen (Dortmund, Berlin),

- im Umgang mit der Differenziertheit von Unternehmen im Quartier (z.B. ethnische Ökonomie), die besondere Anforderungen an die Kommunikationskonzepte von Mikrofinanzierern stellt,
- im Aufbau von sozialem Kapital über den Aufbau von Netzwerken (Entwicklung von Vertrauen und gegenseitiger Unterstützung) und
- in der Umsetzung des interdisziplinären Ansatzes, im Zusammenspiel von wirtschaftlichen und sozialen Interessen.

In einer weiteren Diskussionsrunde erörterten die Anwesenden die Möglichkeiten der Ausweitung der jetzigen Erkenntnisse in Form eines Mainstreaming. Hierfür dürfte ein Erfolgsfaktor sein, ob durch die Programmierung öffentlicher Förderprogramme das Thema „Mikrofinanzierung“ aufgegriffen und in Richtung der genannten zentralen Herausforderungen erweitert wird. In diesem Sinne sind BMVBS und BBR mit Blick auf das Programm „Soziale Stadt“ wichtige strategische Partner zur Stärkung von Mikrofinanzierung als Instrument zur Förderung der Lokalen Ökonomie.

Forschung

URBACT-Studie für die deutsche EU-Ratspräsidentschaft – Stärkung der lokalen Ökonomie und der lokalen Arbeitsmarktpolitik in benachteiligten Stadtquartieren

Dr. Peter Jakubowski, BBR
Deichmanns Aue 31–37, 53179 Bonn

Im Rahmen der deutschen EU-Ratspräsidentschaft im Bereich der Stadtentwicklung hat das BMVBS vom URBACT-Netzwerk die Hintergrundstudie „Stärkung der lokalen Ökonomie und der lokalen Arbeitsmarktpolitik in benachteiligten Stadtquartieren“ erarbeiten lassen, die zum einen die Rolle der Städte bei der Stärkung der lokalen Wirtschaft analysiert und zum anderen interessante – weil erfolgreiche – Praxisprojekte europäischer Städte und Gemeinden dokumentiert. Wir möchten an dieser Stelle die wesentlichen Ergebnisse der Studie, die auch Eingang in die Leipzig-Charta und die Schlussfolgerungen des Leipziger Ministertreffens gefunden haben, kurz zusammenfassen. Die Langfassung der URBACT-Studie mit den europäischen Projektbeispielen und weitergehenden Informationen finden Sie unter Veröffentlichungen > Online-Publikation > 02/2007 im Internet des BBR. Außerdem finden Sie eine Zusammenfassung der Untersuchung sowie die Dokumente der Leipzig-Konferenz im Heft 7/8 der Informationen zur Raumentwicklung, „Die deutsche EU-Ratspräsidentschaft – Impulse für die Stadt- und Raumentwicklung in Europa“.

Zusammenfassung der URBACT-Studie

Die Studie konzentriert sich auf die Möglichkeiten der Städte, Anreize zur Stärkung der lokalen Ökonomie in benachteiligten Stadtteilen zu setzen und gleichzeitig Möglichkeiten einer integrativen Arbeitsmarktpolitik zu nutzen. Die Situation in benachteiligten Gebieten gestaltet sich zwar sehr verschieden, dennoch verbindet sie eine Reihe gemeinsamer Merkmale.

Unabhängig von ihrer Lage in strukturschwachen Innenstädten, in der Nachbarschaft von Industriebrachen oder in weiter von den Stadtzentren entfernten Vorstädten zeichnen sich diese Gebiete durch eine schwache wirtschaftliche Entwicklung sowie ein überdurchschnittlich hohes Niveau an Arbeitslosigkeit und Armut aus.

Die Studie macht deutlich, dass zur Behandlung dieser Probleme eine finanzielle und personelle Ausstattung benötigt wird, die häufig die Potenziale der betroffenen Städte deutlich übersteigt.

Strategien und Fördermöglichkeiten, die mit der Entwicklung der Wirtschaft und der Schaffung von Arbeitsplätzen verknüpft sind, werden auf staatlicher und in immer mehr europäischen Ländern auf regionaler Ebene festgelegt. Aber auch die Städte sind nach den Ergebnissen der Studie bei der Förderung von Wohlstand, unternehmerischen Aktivitäten und Arbeitsplätzen zu wichtigen Partnern für die nationale Politik geworden.

Ihren Beitrag leisten die Städte auf zweifache Weise:

Einerseits sind die Städte und ihre Verwaltungen in die Umsetzung nationaler und regionaler Strategien eingebunden. Ihre Ortskenntnis ermöglicht es ihnen, die Maßnahmen an den bestehenden Bedarf und die spezifischen Möglichkeiten des Gebiets anzupassen.

Andererseits sind die Städte in der Lage, die nationalen und regionalen Maßnahmen durch Projekte zu ergänzen, die spezifisch auf die am stärksten benachteiligten Gebiete zugeschnitten sind, welche von den Programmen der höheren Entschei-

dungsebenen nicht abgedeckt werden. Nur sie können:

- Fachpolitiken, Akteure und Instrumente so koordinieren, dass sie der Stadtentwicklung in den betroffenen Gebieten unmittelbar zugute kommen;
- Bedingungen schaffen, auf deren Grundlage Projekte zur Schaffung neuer Beschäftigungsmöglichkeiten beitragen sowie
- neue Entwicklungsprojekte auflegen, wenn es dazu an Fähigkeit oder Initiative in der Privatwirtschaft fehlt.

Zwischen den Städten bestehen beträchtliche Unterschiede hinsichtlich Größe und Wohlstand sowie kultureller, institutioneller und rechtlicher Rahmenbedingungen. Dies wirkt sich auf ihren Handlungsspielraum vor Ort aus. Jede Stadt muss ihre eigene, auf sie zugeschnittene Lösung finden, um folgende Ziele zu erreichen: Integration oder Reintegration der benachteiligten Gebiete und ihrer Bewohner in das Wirtschafts- und Sozialgefüge der Stadt sowie Wiederansiedlung von wirtschaftlichen Aktivitäten und Betrieben in den betroffenen Gebieten. Damit können innerstädtische Disparitäten auf dem Arbeitsmarkt verringert werden.

Die Ansiedlung oder Erweiterung von Betrieben ist eine wesentliche Voraussetzung für den langfristigen Erfolg städtischer Entwicklungsstrategien:

Einige Städte suchen pragmatisch nach Lösungen auf der Basis privater Investitionen oder mittels Maßnahmen, mit denen Betriebe angesiedelt



und Gründungen vor Ort gefördert werden.

Manche Städte wählen dagegen den traditionellen Weg, Anreize für neue Unternehmen zu bieten. Solche Maßnahmen beschränken sich nicht auf benachteiligte Gebiete. Einzelne benachteiligte Gebiete sind allerdings in ihrer Entwicklung so sehr eingeschränkt, dass die Stadtverwaltungen deren Umstrukturierung ohne beträchtliche Unterstützung der nationalen und europäischen Ebene nicht erreichen können. Als ein besonderes Beispiel verweist die Studie auf die „Zones Franches Urbaines“, in denen Neuinvestoren Sonderkonditionen angeboten werden, die in anderen Gebieten nicht gewährt werden (steuerliche Anreize, einfache und unbürokratische Verwaltungsabläufe usw.).

Andere Städte konzentrieren sich auf die Entwicklung von innen, insbesondere wenn es kaum Chancen gibt, externe Investoren anzuwerben. In diesen Fällen bringen sich Städte nach der Studie in unterschiedlicher Intensität ein: Ihr Engagement kann sich darauf beschränken, ein Entwicklungs- und Wirtschaftsklima zu schaffen, in dem neue Projekte und Selbstständigkeit leichter entstehen. Wiederum andere Städte gehen hingegen weiter, indem sie sich selbst in die Entwicklung neuer Projekte einbringen. Diese Projekte sind gewöhnlich im sozialwirtschaftlichen Bereich angesiedelt und werden später häufig an privatwirtschaftliche Träger übergeben.

Einige dieser Ansätze verbinden endogene Entwicklung mit exogenen strukturellen Verbesserungen. Für die Stadtteile wird dadurch eine günstigere Ausgangsposition erreicht. Pro-

jekte, die die wirtschaftliche Entwicklung benachteiligter Gebiete fördern, werden im Bericht anhand von Beispielen anschaulich dargestellt.

Solche Maßnahmen werden – wie die Beispielprojekte zeigen – mitunter durch Politikansätze ergänzt, die eine dauerhafte Unterstützung der am stärksten benachteiligten Personen, Hilfen für Initiativen kultureller Minderheiten und Anreize zum stufenweisen Ausstieg aus der Schattenwirtschaft beinhalten.

Die Schaffung von Arbeitsplätzen, die eng mit der Entwicklung der lokalen Wirtschaft verknüpft ist und einen wesentlichen Faktor zur Wiederbelebung benachteiligter Stadtteile darstellt, findet im Bericht ebenfalls besondere Beachtung. Auch hinsichtlich der Ansätze zur Arbeitsmarktförderung haben Städte unterschiedliche Alternativen zur Auswahl: Sie können die Schaffung von Arbeitsplätzen vor Ort fördern oder den Zugang zu Arbeitsplätzen in prosperierenden Gebieten erleichtern. Solche Aktionen erfolgen im Rahmen nationaler Maßnahmen, die ihrerseits von Schwerpunktsetzungen auf europäischer Ebene bestimmt werden. Da die Stadtverwaltungen in engem Kontakt sowohl zu den Bewohnern (Arbeitnehmern) als auch den Betrieben (Arbeitgebern) stehen, können sie in erheblichem Maße zur Umsetzung dieser Maßnahmen in den benachteiligten Gebieten beitragen.

Schließlich verfügen bestimmte Städte über Erfahrungen mit integrierten Entwicklungsansätzen, bei denen die einzelnen Projekte vernetzt sind und sich in ihren Wirkungen ergänzen. Nach der Studie sind diese Erfahrungen – oftmals erworben durch

die Gemeinschaftsinitiativen URBAN I und II sowie die europäischen Städtischen Pilotprojekte (SPPs) – ein wesentlicher Vorteil für die Entwicklung ökonomischer Aktivitäten und für die Schaffung neuer Arbeitsplätze in benachteiligten Gebieten.

In der URBACT-Studie werden außerdem Stadterneuerungsansätze erörtert, die die Wirtschaftsförderung mit Projekten zur lokalen Beschäftigungsförderung verbinden. In diesen sind verschiedene Elemente der Erneuerung benachteiligter Stadtviertel integriert:

- Entwicklung und Modernisierung der Infrastruktur,
- Erhalt des kulturellen Erbes,
- Schaffung eines sicheren Umfeldes und
- Bereitstellung von Dienstleistungen zur Verbesserung der Lebensbedingungen der Bewohner vor Ort.

Einzelne Städte konnten sogar zeigen, dass selbst die Defizite ihrer strukturschwachen Gebiete als Potenzial für ökonomische Aktivitäten und für die Schaffung neuer Arbeitsplätze genutzt werden können.

Schlussfolgerungen auch für Deutschland

Die breite Palette der in der Studie dargestellten europäischen Beispiele lässt erkennen, dass bereits nationale und europäische Hilfen existieren, in deren Rahmen Städte die Förderung der lokalen Wirtschaft in benachteiligten Stadtteilen erfolgreich umsetzen können.

Es gilt, diesen Instrumentenkasten möglichst effizient zu nutzen und ge-

bündelt einzusetzen. Der koordinierte Einsatz kann nur im Rahmen von Aktivitäten und Projekten vor Ort erfolgen und setzt die Bereitschaft der Akteure vor Ort zum Handeln voraus. Mit anderen Worten: Arbeitsmarkt- und städtische Wirtschaftsförderung können nur dann erfolgreich sein, wenn z.B. Arbeitslose in den benachteiligten Stadtquartieren auch den Schritt in die Selbständigkeit wagen wollen. Nur dann können die jeweiligen Instrumente gebündelt in den benachteiligten Gebieten zum Einsatz kommen. Außerdem müssen die städtischen Wirtschaftsförderer ihren Blick vielfach stärker als bisher auf Klein- und Kleinstunternehmen richten. Hierzu sollten diese ein entsprechendes Beratungsangebot mit gleichzeitiger Unterstützung bei der Antragstellung unter dem Motto „Unterstützung durch eine Hand“ aufbauen.

Mit Blick auf die Programmgebiete der „Sozialen Stadt“ bedeutet dies, dass vor allem die städtische Wirtschaftsförderung und die Quartiersmanager gefordert sind. Denn sie müssen gemeinsam aktiv vor Ort versuchen, die unterschiedlichen Zielgruppen über die verschiedenen Förderansätze zu informieren und den Kontakt zu den jeweiligen Entscheidungsträgern in den Förderinstitutionen zu halten. Im Focus stehen folgende Akteure:

- Agenturen für Arbeit und Arbeitsgemeinschaften: Ihre Instrumente sind wichtig für die Förderung von Kleinstunternehmen und Arbeitslosen, die den Schritt in die Selbständigkeit wagen.

- Banken: Sie haben eine wichtige Rolle bei der Beantragung der öffentlichen Existenzgründungsförderung und nehmen über ihre Kreditvergabepolitik unmittelbar Einfluss auf die wirtschaftliche Entwicklung vor Ort.
- Organisationen der Wirtschaft: Sie haben in der Regel fachkundige Stellungnahmen zur Tragfähigkeit von Gründungsvorhaben abzugeben und nehmen eine wichtige Funktion bei der Gründungsberatung ein.
- Förderreferenten in den zuständigen Ressorts der Länder und Landesförderinstitutionen: Sie entscheiden über die Gewährung der Hilfen, und ihre rechtzeitige Einbindung kann die Erfolgsaussichten der Vorhaben erhöhen.

Zur erfolgreichen Stärkung der lokalen Wirtschaft sind die Städte in der Regel von regionalen und nationalen Förderprogrammen abhängig. Die Erfahrungen in verschiedenen europäischen Ländern zeigen, wie wichtig hierfür nachvollziehbare Rahmenbedingungen sind, die aber zugleich ausreichenden Raum für passgenaue lokale Lösungen lassen. Eine erfolgreiche und „lernfähige“ Umsetzung der Ansätze erfordert zielorientierte Kommunikations- und Kooperationsverfahren zwischen der europäischen, nationalen, regionalen und lokalen Ebene.

Wirkungsvolle Systeme zur Steuerbefreiung von Unternehmen und Investoren in benachteiligten Gebieten hängen – wie z.B. die „Zones Franches Urbaines“ oder die „Kansenzones“ zeigen – von der europäischen und na-

tionalen Gesetzgebung ab. Die Weiterentwicklung solcher Ansätze sollte auf Grundlage der bisher gemachten Erfahrungen mit Blick auf den Bedarf in den verschiedenen europäischen Ländern erfolgen.

Bei allen Bemühungen um eine verbesserte Förderung der lokalen Ökonomie dürfen mögliche Akzeptanzprobleme sowie innerstädtische und ggf. regionale Wettbewerbsverzerrungen nicht aus dem Auge gelassen werden. So können Akzeptanzprobleme bei den Organisationen der Wirtschaft oder vor Ort bei den alteingesessenen Unternehmen entstehen, die nicht von der Förderung profitieren. Denn es ist nicht auszuschließen, dass die nicht geförderten Unternehmen Marktanteile an das subventionierte Unternehmen verlieren und dadurch in ihrer wirtschaftlichen Existenz gefährdet werden. Auch besteht die Gefahr innerstädtischer oder regionaler Verdrängungsprozesse.

Die Förderung ökonomischer Aktivitäten in benachteiligten Stadtquartieren kann nur dann dauerhaft erfolgreich sein, wenn es gelingt, auf der gesamtwirtschaftlichen Ebene die Voraussetzungen für mehr wirtschaftliches Wachstum zu schaffen. Die derzeitige gesamtwirtschaftliche Wachstumsphase unterstützt die erfolgreiche Umsetzung von Maßnahmen zur Stärkung der lokalen Ökonomie. Dies sollte aber nicht dazu führen, das Engagement für benachteiligte Stadtquartiere einzuschränken.

Impuls

Beschäftigung, Bildung und Teilhabe vor Ort – ein ESF-Sonderprogramm für die Gebiete der Sozialen Stadt

Orhan Güles, BBR
Deichmanns Aue 31–37, 53179 Bonn

Ausgangslage

Mit dem Bund-Länder-Programm „Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf – die Soziale Stadt“ (kurz: Soziale Stadt) leitete der Bund gemeinsam mit den Ländern vor nunmehr acht Jahren eine Neuorientierung in der deutschen Stadtentwicklungspolitik ein. Mit diesem neuen Ansatz reagierte die Stadtentwicklungspolitik auf die sozialen Polarisierungstendenzen innerhalb der deutschen Städte. Das Programm sollte zu einer

- nachhaltigen Verbesserung der Lebenssituation der betroffenen Menschen in den benachteiligten Stadtquartieren durch eine aktive und integrativ wirkende Stadtentwicklungspolitik mit Hilfe einer
- Erhöhung der Wirkung öffentlicher Maßnahmen durch frühzeitige Abstimmung und Bündelung öffentlicher und privater Finanzmittel auf Stadtteilebene beitragen.

Rechtliche Grundlage der Förderung sind die Verwaltungsvereinbarungen über die Gewährung von Finanzhilfen des Bundes an die Länder nach Artikel 104b des Grundgesetzes. Im Mittelpunkt stehen damit baulich-investive Maßnahmen. Hierzu zählen u.a. die städtebauliche Aufwertung der Programmgebiete oder die Verbesserung der sozialen und kulturellen Infrastruktur.

Das Städtebauförderungsprogramm Soziale Stadt ist somit ein baulich-investives Programm. Um den lokalen Problemlagen benachteiligter Quartiere zu begegnen, ist ein ganzheitlicher Ansatz notwendig, in dem Programme und Ressourcen gebündelt werden. Dieser Anforderung trägt

die Soziale Stadt als Leitprogramm mit dem Instrument der Integrierten Entwicklungskonzepte (IEK) Rechnung. Die IEK werden von den Kommunen zur Festlegung der jeweiligen Quartiere als Programmgebiet der Sozialen Stadt konzipiert. Gebietsbezogene städtebauliche Investitionen und ergänzende soziale Maßnahmen werden in den IEK zu einer ganzheitlichen Entwicklung der Quartiere zusammengeführt.

Die Leitprogrammfunktion der Sozialen Stadt ist erfolgreich, z.B. werden für notwendige ergänzende soziale Aufgaben andere Programme und Initiativen hinzugezogen. Ein Beispiel hierfür ist das Programm LOS (Lokales Kapital für Soziale Zwecke). In der letzten Förderperiode des ESF (Europäischer Sozialfonds) 2000–2006 förderte das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) mit LOS in den Programmgebieten der Sozialen Stadt Mikroprojekte mit bis zu 10.000 € pro Einzelprojekt.

Während der Programmumsetzung der Sozialen Stadt wurden – wie die letzte Zwischenevaluierung des Programms (2004) zeigt – in verschiedenen Handlungsfeldern nachhaltige Erfolge erzielt, z.B. bei der Beseitigung mangelhafter Wohnumfeldbedingungen und der sozialen Stabilisierung der Stadtteile (z.B. durch den Bau neuer Nachbarschafts- und Quartierszentren).

Ein Ergebnis der Zwischenevaluierung war auch, dass die Umsetzung konkreter Maßnahmen und Projekte im Handlungsfeld lokale Ökonomie weiterhin hinter den Erwartungen der Akteure zurückbleibt. Vielfach fehlen in den benachteiligten Quartieren

lokale Beschäftigungsmöglichkeiten. Die Bewohner finden aufgrund unzureichender Qualifikation oder physischer Barrieren häufig nur begrenzte Beschäftigungsmöglichkeiten in prosperierenden Stadtteilen. Hierbei sind insbesondere Jugendliche mit Migrationshintergrund durch Benachteiligungen im Bildungserwerb von Ausgrenzung und Diskriminierung auf dem Arbeitsmarkt betroffen.

Um den Bedarf in diesen Handlungsfeldern verstärkt aufzugreifen, haben Bund und Länder 2006 im Städtebauförderungsprogramm Soziale Stadt zusätzlich den Bereich der Modellvorhaben vereinbart. Hier können die Länder im Rahmen jährlicher Programmmittel Modellvorhaben anmelden, in denen investive und/oder sozial-integrative Maßnahmen gefördert werden. Diese Maßnahmen sollen u.a. der Stärkung der lokalen Ökonomie, der Beschäftigungs-, Jugend- und Bildungspolitik sowie der Integration dienen.

Als neues Förderinstrument und dritte Säule der sozialen Stadtentwicklung hat das Bundesministerium für Verkehr, Bauen und Stadtentwicklung (BMVBS) in Kooperation mit dem Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) im November 2006 das aus Mitteln des ESF mitfinanzierte Sonderprogramm „Bildung, Beschäftigung und Teilhabe vor Ort“ aufgelegt. Das Sonderprogramm knüpft an den Bedarf sozial-integrativer Maßnahmen im Bereich der Qualifizierung und Beschäftigung und der lokalen Ökonomie in benachteiligten Quartieren an.



Beispiele von ESF-Projekten der Sozialen Stadt		
Job Fit Brauck	IQ_Quadrat	Arbeits- und Integrationsnetzwerk Belm
<i>Träger:</i> rebeq GmbH	<i>Träger:</i> Amt für Stadterneuerung und Wohnungsbauförderung Leipzig	<i>Träger:</i> DETO e. V.
<i>Programmgebiet:</i> Gladbeck-Brauck	<i>Programmgebiet:</i> Leipziger Osten	<i>Programmgebiet:</i> Belm-Powe
<i>Ziele:</i> – Vermittlung von Jugendlichen in Ausbildung und Arbeit – Coaching und Stärkung individueller Kompetenzen der Teilnehmer – Akquise von Ausbildungsplätzen in Migrantenbetrieben	<i>Ziele:</i> – gezielte Unternehmensansiedlung (Einzelhandel, Gastronomie, Dienstleister) – Förderung der Migrantenökonomie und Stärkung der lokalen Ökonomie	<i>Ziele:</i> – Aufbau eines Beschäftigungs- und Integrationsnetzwerks – Verbesserung der (Aus-)Bildungs- und Erwerbsperspektiven Jugendlicher/älterer Langzeitarbeitsloser und von Frauen mit Migrationshintergrund
<i>Aktivitäten:</i> – Coaching und individuelle Qualifizierung der Teilnehmer – Akquise von Arbeits- und Ausbildungsplätzen, insbesondere in Migrantenbetrieben	<i>Aktivitäten:</i> – Gründung einer Netzwerks von Unternehmen mit Migrationshintergrund – Beschäftigung und Qualifizierung Jugendlicher mit Migrationshintergrund – Ausbau von Ausbildungsplätzen in Migrantenbetrieben	<i>Aktivitäten:</i> – Maßnahmen zur Berufsorientierung, Berufsvorbereitung und Vermittlung – Aufbau eines Netzwerks mit Ausbildungsbetrieben – Akquise neuer Ausbildungsplätze – Entwicklung individueller Lebensperspektiven

Sonderprogramm „Bildung, Beschäftigung und Teilhabe vor Ort“

Insgesamt stehen im Sonderprogramm Fördermittel in Höhe von bis zu 37 Mio. € zur Verfügung, die sich auf die beiden Teilförderbereiche des Programms verteilen:

- „XENOS – Leben und Arbeiten in Vielfalt“ (BMAS) mit 20 Mio. € und
- den sozialraumbezogenen Förderansatz in den Programmgebieten der Sozialen Stadt (BMVBS) mit bis zu 17 Mio. € (= ESF Soziale Stadt). Hiervon wurden 5 Mio. € aus Bundesmitteln der Sozialen Stadt als anteilige Kofinanzierung des neuen Sonderprogramms abgestellt.

Der Förderbereich „ESF Soziale Stadt“ ist angebunden an inhaltliche Handlungsfelder der Sozialen Stadt („Beschäftigung“, „Schule und Bildung“

und „lokale Ökonomie“) und hat folgende Förderziele:

- Stärkung lokaler Arbeitsmärkte,
- Schaffung von Ausbildungsplätzen sowie
- Stärkung der lokalen Ökonomie, u.a. der Migrantenökonomie.

Die Stärkung der lokalen Ökonomie ist eng verknüpft mit dem Ziel der Schaffung neuer Arbeits- und Ausbildungsplätze. Bei der Migrantenökonomie geht es nicht nur um die Stärkung einer ethnisch geprägten Ökonomie, in der Migrantenbetriebe eine bestimmte ethnische Gruppe mit spezifischen Produkten oder Dienstleistungen versorgen, wie z.B. der türkische Konditor, der landestypische Süßspeisen vertreibt. Das Verständnis von Migrantenökonomie umfasst im weiteren Sinne auch die Migrantenbetriebe, die das gesamte Spektrum an Produkten und Dienstleistungen am Markt anbieten, so z.B. den portugie-

sischstämmigen Webdesigner oder die Unternehmensberaterin mit marokkanischen Wurzeln.

Zielgruppen des Förderbereichs „ESF Soziale Stadt“ sind Langzeitarbeitslose und Jugendliche, insbesondere auch mit Migrationshintergrund.

Ein weiteres wichtiges Querschnittsziel ist die Förderung des Gemeinwesens und zivilgesellschaftlicher Strukturen.

Die geförderten Projekte sollten an die Integrierten Entwicklungskonzepte anknüpfen. Interessierte Projektträger wurden dazu angehalten, sich bei der Erarbeitung ihrer Vorschläge mit den Quartiersmanagern abzustimmen. Zudem sollten sie für die Durchführung ihrer Vorhaben nach Möglichkeit baulich-investive Maßnahmen nutzen, die im Rahmen des Städtebauförderungsprogramms Soziale Stadt gefördert werden, wie z.B. die oben erwähnten Quartiers- oder Nachbarschaftszentren.

Die Erfahrungen mit LOS, das in der neuen Förderperiode des ESF (2007-2013) fortgesetzt wird, haben gezeigt, dass mit den Mikroprojekten nicht alle Zielgruppen erreicht werden können. Daher werden im Sonderprogramm Vorhaben mit einem Mindestvolumen ab 100.000 € gefördert. Sofern in der Kommune oder im Quartier vorhanden, sollten die am Sonderprogramm interessierten Projektträger die lokale LOS-Koordinierungsstelle bei ihrer Antragstellung konsultieren.

Das Auswahlverfahren setzte sich aus zwei Stufen zusammen. Interessierte Träger konnten zwischen dem 15. November 2006 und dem 15. Januar 2007 im Laufe eines Bekundungsverfahrens Projektvorschläge einreichen. Mögliche Projektträger waren Städte, Gemeinden und Gebietskörperschaften sowie Akteure des Arbeitsmarkts und der Zivilgesellschaft (z.B. lokale Vereine und Initiativen, private Betriebe, Bildungsträger oder Schulen). Bis zum Ablauf der Frist gingen 363 Interessensbekundungen ein. Aus diesen wurden im Förderbereich „ESF Soziale Stadt“ im Rahmen der zur Verfügung stehenden

Fördermittel insgesamt 50 Projekte ausgewählt und eingeladen, einen Projektantrag einzureichen. Der Förderzeitraum liegt zwischen April 2007 und September 2008.

Zielsetzungen der Projekte im Förderbereich ESF Soziale Stadt

Die Spanne der geförderten Projekte reicht von Qualifizierungs-, Weiterbildungs- und Vermittlungsangeboten für Jugendliche mit und ohne Migrationshintergrund (z.B. „Job Fit Brauck“) bis hin zu lokalen Projekten, die einen integrierten Ansatz verfolgen und verschiedene Zielbereiche miteinander verknüpfen (z.B. „Arbeits- und Integrationsnetzwerk Belm“). Diese Projekte beziehen in ihre Kooperationsstruktur neben dem Quartiersmanagement die gesamte Bandbreite lokaler Akteure ein, z.B. Migrantenselbstorganisationen, lokale Gewerbetreibende oder Bürgervereine.

Die Tabelle zeigt die Ergebnisse einer Auswertung der Zielsetzungen der ausgewählten Projekte. Der bedeutsamste Aspekt bei den inhaltlichen Zielbereichen ist die berufliche Integration. Fast alle Maßnahmen zie-

len auf die Integration von Jugendlichen in Ausbildung und Arbeit, wobei 32% hierbei zusätzlich Langzeitarbeitslose ansprechen. Fast alle Maßnahmen (94%) berücksichtigen Bewohner mit Migrationshintergrund. Rund 84% der Projektträger haben als Zielsetzung die „Förderung sozialer Integration und Stärkung der Zivilgesellschaft und des Gemeinwesens vor Ort“ formuliert.

Aufgrund der schwachen ökonomischen Basis in den Programmbereichen der Sozialen Stadt zielen nur etwa 14% der Vorhaben auf die Stärkung lokaler Ökonomie. Lediglich 12% der geförderten Maßnahmen sehen in der aktuellen Förderperiode eine Einbeziehung der Migrantenökonomie vor (z.B. „IQ_Quadrat“ im Leipziger Osten). Dieses Ergebnis lässt sich u.a. damit begründen, dass insbesondere bei Migrantenbetrieben Zugangsbarrieren bestehen. Viele Betriebe werden innerhalb ethnisch geprägter Familienstrukturen geführt und rekrutieren ihre Kundschaft vorwiegend in der Gruppe der Migranten. Diese Schwierigkeiten wurden in einigen Projektanträgen explizit thematisiert. Die Träger haben es sich zum

Zielbereiche	Zahl der Projekte	in %
Integration Jugendlicher in Arbeit und (Aus-)Bildung	49	98
Integration Langzeitarbeitsloser in Arbeit und (Aus-)Bildung	16	32
Berücksichtigung der Quartiersbewohner mit Migrationshintergrund	47	94
Förderung sozialer Integration und Stärkung von Zivilgesellschaft und Gemeinwesen	42	84
Stärkung lokaler Ökonomie	7	14
Einbeziehung der Migrantenökonomie	6	12
Zusammenhang mit dem integrierten Entwicklungskonzept (IEK)	42	84
Zusammenhang mit baulich-investiven Maßnahmen der Sozialen Stadt	20	40

Quelle: Eigene Erhebung, 50 Beobachtungen, Mehrfachnennungen möglich

Ziel gesetzt, solche Betriebe durch spezifische Maßnahmen, z.B. für Praktika, zu öffnen.

84% der Träger haben angegeben, dass sie an die im IEK dargelegten Handlungsfelder und Ziele anknüpfen. 40% nutzen die im Rahmen der Städtebauförderung Soziale Stadt durchgeführten baulich-investiven Maßnahmen, wie z.B. die neuen Quartiers- oder Nachbarschaftszentren. Dieser Ansatz soll die nachhaltige Nutzung dieser Maßnahmen in den Programmgebieten fördern.

Ausblick

Der Vergleich zwischen eingereichten Interessensbekundungen (363) und ausgewählten Projekten (50) zeigt, dass der Förderbereich ESF Soziale Stadt im Sonderprogramm „Bildung, Beschäftigung und Teilhabe vor Ort“ mehrfach überzeichnet ist. Dieser Andrang auf die Auslobung seitens der Träger in den Quartieren dokumentiert den großen Bedarf für einen arbeitsmarktpolitischen Förderansatz in der sozialen Stadtentwicklung.

Um in den Quartieren nachhaltige Stabilisierungseffekte zu entwickeln, plant das BMVBS, auf der Basis der Erfahrungen mit dem aktuellen Sonderprogramm ein neues Programm „ESF Soziale Stadt“ umzusetzen. Das neue Programm soll von 2008 an bis Ende 2015 in zwei Förderrunden mit jeweils bis zu vier Jahren Laufzeit umgesetzt werden. Nach dem Regierungsentwurf zum Bundeshaushalt 2008 stehen an Finanzmitteln für das neue Programm insgesamt 160 Mio. € zur Verfügung. Hiervon entfallen 100 Mio. € auf ESF-Mittel und 60 Mio. € auf Bundesmittel der Sozialen Stadt.

Das neue Programm führt die Zielsetzungen einer gebietsbezogenen Förderung lokaler Arbeitsmärkte und lokaler Ökonomie fort. Große Chancen für die wirtschaftliche Revitalisierung benachteiligter Quartiere und die Schaffung von lokalen Beschäftigungsmöglichkeiten liegen hierbei insbesondere in der Bestandspflege lokaler Unternehmen und der Förderung neuer Kleinunternehmen.

Mit seinen Zielsetzungen setzt das neue Programm „ESF Soziale Stadt“ zugleich die Forderungen der „Leipzig Charta zur nachhaltigen Europäischen Stadt“ um, die am 24. Mai 2007 im Rahmen der deutschen EU-Ratspräsidentschaft auf einem informellen Ministertreffen für Stadtentwicklung und territoriale Kohäsion verabschiedet wurde:

„In benachteiligten Stadtquartieren müssen ökonomische Stabilisierungsmaßnahmen auch bei den wirtschaftlichen Kräften im Stadtteil selber ansetzen. Geeignete Instrumente sind in diesem Zusammenhang eine gebietsbezogene Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik. Ziel ist die Schaffung und Sicherung von Arbeitsplätzen und die Erleichterung von Existenzgründungen. Vor allem die Zugangschancen zum lokalen Arbeitsmarkt müssen durch nachfrageorientierte Qualifikationsangebote verbessert werden. Auch die Beschäftigungs- und Ausbildungsmöglichkeiten in der ethnisch geprägten Wirtschaft müssen stärker genutzt werden.“

Europäische Union, Mitgliedsstaaten und Städte sind gefordert, verbesserte Bedingungen und Instrumente zur Stärkung der lokalen Wirtschaft und damit der lokalen Arbeitsmärkte zu schaffen, insbesondere durch die

Förderung sozialwirtschaftlicher Einrichtungen und bürgernahe Dienstleistungen.“

Begleitforschung

Bundesamt für Bauwesen
und Raumordnung, Bonn
Deichmanns Aue 31–37
53179 Bonn

Dr. Peter Jakobowski
Tel.: (0228) 99 401 2243
Fax.: (0228) 99 401 2315
peter.jakubowski@bbr.bund.de
www.bbr.bund.de

Das Bundesamt für Bauwesen und
Raumordnung ist eine Bundesober-
behörde im Geschäftsbereich des
Bundesministeriums für Verkehr, Bau
und Stadtentwicklung (BMVBS).

Forschungsassistentz

RWI Essen
Hohenzollernstraße 1–3
45128 Essen

Dr. Uwe Neumann
Tel.: (0201) 8149-212
Fax.: (0201) 8149 200
uwe.neumann@rwi-essen.de
www.rwi-essen.de

in Kooperation mit

STATTwerke Consult
Gesellschaft für
Unternehmensberatung
und Projektentwicklung mbH
Merseburger Str. 3
10823 Berlin (Schöneberg)

Helmut Geißler
Tel.: (030) 7899 1137
Fax.: (030) 7871 5390
info@stattwerke-consult.de
www.stattwerke-consult.de

Deutsches Mikrofinanz Institut e.V.
Parchimer Allee 89a
12359 Berlin

Brigitte Maas
Tel.: (030) 6944788
brigitte.maas@mikrofinanz.net
www.mikrofinanz.net

**Herausgeber, Herstellung,
Selbstverlag und Vertrieb**
Bundesamt für Bauwesen
und Raumordnung, Bonn

Schriftleitung

Prof. Dr. Wendelin Strubelt
Dr. Hans-Peter Gatzweiler
Dr. Robert Kaltenbrunner

Bearbeitung

Dr. Peter Jakobowski, BBR
Dr. Uwe Neumann, RWI Essen
Helmut Geißler, STATTwerke Consult
Manfred Gutzmer, STATTwerke Consult
Mark Borne, STATTwerke Consult
Brigitte Maas, DMI
Orhan Güles, BBR
Ansprechpartner der
Modellvorhaben: s. Text

Gestaltung und Satz

RWI Essen

Druck

Bundesamt für Bauwesen
und Raumordnung, Bonn

Bildnachweis

Ansprechpartner der
Modellvorhaben, s. Text

Zitierweise

Bundesamt für Bauwesen
und Raumordnung (Hrsg.),
ExWoSt-Information „Quartiers-
Impulse“, 31/3 – 11/2007

Nachdruck nur mit genauer Quellen-
angabe gestattet. Es wird um Zu-
sendung von zwei Belegexemplaren
gebeten.

Alle Rechte vorbehalten

© BBR Bonn 2007